



Protokoll

**19. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 10. Dezember 2007, 19:00 Uhr,
Gemeinderatssaal**

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Weiterbehandlung Voranschlag 2008 / Finanzplanung 2009 bis 2011
Leistungsaufträge 2008 bis 2011 und Globalbudget 2008
(Antrag Nr. 138)
 - 4.15 GF Sport
 - 4.16 GF Sozialhilfe
 - 4.17 GF Primarschule
- 5 Festsetzung des Steuerfusses
- 6 Laufende Rechnung 2008
- 3 Ersatzwahl für den austretenden Reto Dettli in der Kommission Bildung
und Kultur
- 4 Ersatzwahl für den austretenden Christian Keller in der Kommission
Planung und Bau
- 5 Ersatzwahl für Balthasar Thalmann in der Rechnungsprüfungs-kommission
- 6 Antrag des Stadtrates betreffend Privater Gestaltungsplan "Zellweger-
Luwa-Areal"
(Antrag Nr. 137)
- 7 Postulat Nr. 538 des Ratmitgliedes Simone Michel betreffend
«Wassersparmassnahmen»
- 8 Postulat Nr. 539 des Ratsmitglieds Stefan Lehmann betreffend
«Überprüfung der Schutzwürdigkeit der Gebäulichkeiten Untere Farb an
der Seestrasse 4, Uster»
- 9 Interpellation Nr. 540 der Ratsmitglieder Reto Dettli und Stefan Feldmann
betreffend Energieversorgungsstrategie

Präsenz

Vorsitz	Werner Hürlimann, Präsident
Protokoll	Kathrin Lackner, Parlamentssekretärin
Anwesend	35 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Heinz Wolfensberger, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Verwaltung	Markus Josi, Abteilungsleiter Finanzen (bis und mit Traktandum 2)
Entschuldigt	Werner Egli
Presse	Christian Brändli, AvU Werner Frei, ZO Jürg Wiler Frank von Niederhäusern, SDA

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste

Das Traktandum 4 «Ersatzwahl für den austretenden Christian Keller in der Kommission Planung und Bau» ist gestrichen, da das Verfahren in der Interfraktionellen Konferenz «IFK» noch nicht abgeschlossen ist.

Persönliche Erklärungen:

*Stefan Feldmann (SP)
Gemeinderatssitzung vom 10. Dezember 2007*

Persönliche Erklärung zu Behauptungen des Komitees Pro Winterthurerstrasse

*Herr Präsident
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

Politisches Engagement von Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ist grundsätzlich zu begrüßen. Was das Initiativkomitee Pro Winterthurerstrasse aber in seiner Verlautbarung letzte Woche schrieb, ist bei allem Verständnis für Zuspitzungen und süffigen Formulierungen doch ein ziemlich starkes Stück.

Da wirft das Komitee dem Ustermer Stadtrat vor, er lüge, wenn er festhält, dass der Kanton keinen Beitrag an eine Unterführung Winterthurerstrasse zahlen werde. Im Gegenteil: Das Komitee behauptet, dass wenn die Ustermerinnen und Ustermer einem städtischen Beitrag von 6 Millionen Franken zustimmten, dann «müsse» der Kanton den Rest übernehmen. Wenn das Stimmvolk Ja sage, dann habe der Kanton, weil es sich bei der Winterthurerstrasse ja um eine Staatsstrasse handle, aufgrund von «kantonalen Richtlinien» eine Verpflichtung zu bauen.

Wer so etwas behauptet, der ist, meine Damen und Herren, entweder naiv oder hat im Staatskundeunterricht tief und fest geschlafen. Glücklicherweise müssen sich die Herren vom Initiativkomitee nicht mehr um eine Aufnahme ins Schweizer Bürgerrecht bewerben – sie würden wegen solchen Behauptungen mit Pauken und Trompeten durch die Staatskunde-Prüfung rasseln...

Wenn das Komitee schon nicht dem Stadtrat Glauben schenken will, dann erlauben Sie vielleicht mir als ehemaligem Mitglied der höchsten Finanzaufsicht unseres Kantons, der Finanzkommission des Kantonsrates die Rechtslage für die hier anwesenden Komitee-Mitglieder kurz klarzustellen: Der Kanton ist unter keinem Rechtstitel, nicht durch die Verfassung, durch keine Gesetz oder irgendeine «kantonale Richtlinie», an den Ausgang einer kommunalen Abstimmung gebunden. In keinem Fall und schon gar nicht, wenn es um kantonale Finanzmittel handelt. Und das ist auch gut so. Man stelle sich bloss vor, jede der 171 Zürcher Gemeinden könnte an der Urne beschliessen, man wolle dieses oder jenes, zahle aber selber nur diesen oder jenen Betrag, der Rest müsse dann der Kanton übernehmen – der Frau Finanzdirektorin würden die Haare zu Berge stehen, in der Finanzkommission gäbe es mehrere Herzinfarkte und der Kanton käme aus dem Zahlen gar nicht mehr heraus.

Darum: Wenn die Ustermerinnen und Ustermer eine Unterführung an der Winterthurerstrasse wollen, so können sie dies selbstverständlich so beschliessen. Doch was in jedem Restaurant gilt, gilt auch da: Wer bestellt, muss auch zahlen. Und zwar nicht nur die Vorspeise, sondern das ganze Menue, also nicht nur 6 sondern deren 16 bis 18 Millionen. Für alles andere gibt es im übrigen auch ein Wort und das lautet «Zechprellerei».

Besten Dank.

Persönliche Erklärung zur Antwort des SR auf meine Anfrage betr. Einführung eines kleinen Gemüsemarkts am Samstag im Zentrum von Uster

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Geschätzte Anwesende

Ich bin enttäuscht von der Antwort des Stadtrates. Sie zeugt meiner Meinung nach von keiner Innovationsfreude der Exekutive.

Ich machte den Vorschlag eines kleinen Gemüsemarktes, und nicht, wie in der Antwort formuliert, von einer Marktstrasse. Auch mit 3 – 4 Stunden wäre ich zufrieden. Dafür müsste keine Strasse für den Autoverkehr gesperrt werden. Der ehemalige Kebabstand vor der Post kam auch ohne Verkehrssperre über die Runden.

Dass Profi-Gemüsehändler am Samstag schon ausgebucht sind und an anderen Märkten teilnehmen ist wohl jedermann klar. Deshalb ist die Begründung, dass die Gemüsehändler kein Interesse hätten, nicht stichhaltig. Gibt es wohl im Zürcher Oberland nicht drei bis vier Gemüsebauern, die Interesse hätten, mindesten in der Gemüse-Vegetationszeit ihre Produkte in Uster zu verkaufen? Sei es Gemüse, Früchte, Beeren oder Blumen?

Die Befragung nur gerade der Händler auf dem Freitagsmarkt erscheint mir etwas einfach.

Es ist mir klar, dass ein paar Gemüsestände die Umsatzzahlen der Detailhändler im Zentrum nicht schlagartig verbessern würden. Überzeugt bin ich aber, dass die Attraktivität des Einkaufserlebnisses im Zentrum von Uster erhöht worden wäre!

Marianne Siegrist

Fraktionserklärung(en):

Fraktionserklärung

Wie Sie schon alle gehört haben, hat Christian Keller per Ende Dezember aus beruflichen Gründen seinen Rücktritt erklärt. Matthias Bickel ist sein Nachfolger; er wurde vom Stadtrat als gewählt erklärt. Matthias Bickel ist noch nicht 40-jährig, von Beruf Maschineningenieur HTL. Seine ersten politischen Spuren hat er im Vorstand der FDP erworben.

Mit dem Rücktritt per Ende Januar 2008 von Stefan Lehmann haben wir leider einen zweiten Rücktritt zu verzeichnen. Er hat eine intensive berufliche Weiterbildung in Angriff genommen und kann diese neben der Berufstätigkeit nicht mehr mit dem Gemeinderatsmandat vereinbaren. Stefan Lehmann ist 1998 in den Rat gewählt worden. 2005 hat er den Rat erfolgreich präsidiert. Seit 2004 amtiert er als Präsident der RPK.

Das grosse Fachwissen und die Kollegialität der beiden Fraktionskollegen werden uns in der Fraktion sicher sehr fehlen. Christian Keller und Stefan Lehmann danke ich auch an dieser Stelle herzlich für ihren Einsatz in der Gemeindepolitik.

Die Nachfolge von Stefan Lehmann tritt die Biologin Petra Bättig an. Auch sie hat ihre ersten politischen Erfahrungen im Vorstand der FDP gemacht.

Weil wir eine Rochade in den Kommissionen über die beiden Rücktritte vornehmen möchten, verzichten wir heute auf die Wahl von Matthias Bickel in die Kommission Planung und Bau. Wir möchten die Wahlen in die Kommissionen in Globo auf anfangs Februar 2008 vornehmen. Ich hoffe, Sie haben dafür Verständnis.

Marianne Siegrist

1 Mitteilungen

In der Aktenaufgabe liegen auf:

- Modell Schulhaus Krämeracker
- Einladung per Mail Neujahrsempfang 2. Januar, 16.30 Uhr

2 Antrag des Stadtrates betreffend Voranschlag 2008 / Finanzplanung 2009 bis 2011 (Antrag Nr. 138)

GF Sport

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Claudia Geisenberger**.

Geschätzter Herr Präsident

Geschätzte Anwesende

Am 22. Oktober 2007 haben Ester Rickenbacher, Robert Alge, Ernst Brassel, Peter Crestani, Alexandra Roth und ich den Voranschlag, den Leistungsauftrag und das Globalbudget 2008 des Geschäftsfeldes Sport besprochen.

Der angekündigte Sportpass wurde an der Uster Messe vorgestellt. Die im Leistungsauftrag vom letzten Jahr verlangten Sponsoringgelder hätten darin investiert werden sollen. Dieser Leistungsauftrag wurde für das folgende Jahr vom Stadtrat gestrichen. Die Mitarbeitenden im Geschäftsfeld Sport haben im vergangenen Jahr sehr viel Zeit für die Beschaffung dieser Sponsorengelder aufgewendet und konnten auch einige Erfolge verzeichnen.

Das Sportkonzept der Stadt Uster liegt zur Zeit dem Stadtrat vor. Es handelt sich um eine Broschüre, die aufzeigen soll, was in Uster betreffend Sport möglich ist. Sie wurde von der Sportfachkommission erarbeitet.

Bezüglich aller Bäder soll eine Gesamtbetrachtung Schwerpunkte der einzelnen Bäder aufzeigen und festsetzen.

Das Hallenbad weist eine Überbelegung auf, die mit dem Schulschwimmen noch weiter zunehmen wird. Dazu wurde allerdings ein Konzept erarbeitet.

Das Dorfbad ist sanierungsbedürftig, allerdings wird zur Zeit mit einer Gesamtanierung noch zugewartet, bis die Gesamtbetrachtung aller Bäder fertig gestellt ist.

Beim Seebad steht eine grössere Sanierung an, für die im Jahr 2008 Fr. 500'000.- Projektierungskosten budgetiert sind. Es soll letztlich unter anderem ein attraktiver Strand entstehen. Über den Gesamtbetrag für den Umbau wird allerdings an der Urne definitiv entschieden werden. Dies wird jedoch nicht mehr im nächsten Jahr der Fall sein.

Der neue Rasen im Stadion Buchholz ist fertiggestellt. Die Anlage ist nun saniert und der Rasen ab dem kommenden Frühling bespielbar. Der Bau eines Kunstrasenfeldes muss voraussichtlich nicht vors Volk.

In der Einleitung des Geschäftsfeldes Sport wird die Planung einer 40%-Stelle für die Gesundheitsprävention und Förderung einer grösseren Auslastung der Anlagen erwähnt. Diese Stelle wurde aber aufgrund der aktuellen Finanzlage durch den Stadtrat nicht bewilligt und kann eventuell erst zu einem späteren Zeitpunkt eingeführt werden.

Die KBK stellt den Antrag einen neuen Indikator B114 zu schaffen, der neu Einnahmen aus Werbung und Sport von Fr. 100'000.- generieren soll. Dem gestellten Antrag wurde mit 6 zu 2 Stimmen zugestimmt. Die Befürworter wiesen darauf hin, dass bereits sehr viel Zeit und Geld in die Beschaffung der Sponsorengelder investiert worden ist. Die Gegner argumentierten damit, dass der Betrag von Fr. 100'000.- viel zu hoch sei und dieses Ziel bereits in den Vorjahren nicht erreicht werden konnte. Eine Annahme des Antrages der KBK hat eine Veränderung des Globalkredites B 115 auf Fr. 2'194'000.- zur Folge.

Den geänderten Leistungsaufträgen und dem Globalbudget stimmte die KBK einstimmig zu.

Der Leistungsauftrag und das Globalbudget für das Jahr 2008 des Geschäftsfeldes Sport entspricht, bis auf die erwähnten Punkte, in etwa dem des Vorjahres.

Claudia Geisenberger

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Robert Alge**.

Die Rechnungsprüfungskommission stellt den Antrag, dass im Geschäftsfeld Sport Seite B-113 Übergeordnete Wirkungs- und Leistungsziele, der letzte Punkt, durch Werbung und Sponsoring sind CHF 100'000 zu generieren, wieder einzufügen ist.

*Auf Seite B-114 Generelle Indikatoren ist neu, nur ein Indikator einzufügen, Einnahmen aus **Werbung** und Sponsoring, Soll 08, CHF 100'000.*

Im Weiteren ist der Globalkredit Seite B-115, Total GF Sport um CHF 100'000 auf neu 2'194'000 zu reduzieren.

In der Rechnungsprüfungskommission wurde dieser Antrag mit 6:2 Stimmen gutgeheissen.

Begründung der Befürworter:

Der Auftrag des Gemeinderates im Geschäftsfeld Sport CHF 100'000 aus Sponsoring einzunehmen, wurde willkürlich und ohne vorherige Information des Gemeinderates, mit einem Stadtratbeschluss, aus dem Budget 08 gekippt. Diese Vorgehensweise tolerieren wir nicht, nur weil der Wille fehlte. Um den sattsam bekannten Diskussionen, was ist Sponsoring, was ist Werbung, nicht weiter Anlass zu geben, sind die beiden Indikatoren in einem Indikator zusammen zu fassen. Da das Konzept steht, erwarten wir in Zukunft Taten.

Dem korrigierten Budget, Geschäftsfeld Sport, wurde mit 8:1 Stimmen zugestimmt.

*Robert Alge
Gemeinderat (SVP)
10.12.2007*

Reto Dettli, SP lehnt den vorliegenden Antrag der Kommission ab, das sei keine gute Idee. Die Geschichte mit dem Sponsoring sei schon länger ein Thema und es hätte sich gezeigt, dass es illusorisch sei, Sponsorengelder zu generieren. Als Nebenprodukt sei ja jetzt der Sportpass entstanden. Indirekt schade die Stadt damit den Vereinen welche von Unternehmen direkt unterstützt würden. Falls die Mehrheit des Rats die Einnahmen aus Sponsoring und Werbung will, bittet er die Anwesenden auf Seite A16 im Kodex, Punkt 2 zu beachten. Um eine unerfreuliche Spirale auszulösen, möchte er den Mehrheitsantrag der KBK nicht stützen.

Robert Alge unterstreicht, dass die SVP/EDU-Fraktion den Antrag einstimmig unterstützen, da in der Vergangenheit von dieser Möglichkeit einen Indikator wieder aufzunehmen zu wenig Gebrauch gemacht wurde.

Thomas Wüthrich gibt zu Bedenken, dass es für eine öffentliche Körperschaft sehr viel schwieriger sei als für Private, Sponsoren zu finden. Diese hätten ein Interesse für einen Alleinauftritt. Sponsoring für eine laufende Rechnung der öffentlichen Hand sei schlicht unmöglich; für einen einzelnen Event eventuell. Er ist gegen eine Kürzung des Globalkredits.

Stadträtin Esther Rickenbacher würde eine Wiederaufnahme des Sponsorings hart treffen. Ihre Leute hätten sehr streng gearbeitet und sehr viel Zeit investiert für den Betrag von Fr. 34'000. Der Stadtrat habe entsprechend abgewogen und über die heiklen Punkte informiert. Es gehe einfach nicht wie bei Privaten. Viele Firmen wollten Exklusivverträge und damit verbunden die entsprechenden Geschäfte abwickeln. Hier komme auch die Subventionsverordnung in die Quere. Der Stadtrat habe hier Verant-

wortung übernommen – die Vereine seien auf Unterstützung angewiesen – diesen würden dann Werbeeinnahmen fehlen. Wie bereits erwähnt stünden Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis.

Robert Alge fragt nach, wo die erreichten Fr. 34'000 ersichtlich seien und leider wurde ja auch nie präsentiert, was erreicht worden sei. Seiner Ansicht nach hätte es in den Sportanlagen genügend Werbefläche welche vermietet werden könnte.

Stadträtin Esther Rickenbacher stellt klar, dass das GF Sport die Fr. 34'000 nicht erhalten hat – diese wären an entsprechende Exklusivverträge gebunden gewesen auf welche aus oben genannten Gründen verzichtet wurde.

Abstimmung:

über die Zusammenführung der Indikatoren Einnahmen aus Sponsoring und Einnahmen aus Werbung.

Der Gemeinderat beschliesst

mit 21 : 13 Stimmen

die beiden Indikatoren zusammen zu führen.

Abstimmung Antrag Robert Alge

Der Gemeinderat beschliesst

mit 20: 14 Stimmen

den Antrag; Indikatoren Seite B114; Einnahmen aus Werbung und Sponsoring Fr. 100'000 anzunehmen. Der Globalkredit des GF Sport wird um Fr. 100'000.- gekürzt.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 21 : 5 Stimmen

den Leistungsauftrag 2008 – 2011, das Globalbudget 2008 und die Investitionsrechnung GF Sport mit der vorgeschlagenen Kürzung zu genehmigen.

GF Sozialhilfe

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Elsbeth Hürlimann**.

Bericht

zuhanden des Gemeinderates betreffend Leistungsaufträge und Globalbudget 2008 Geschäftsfeld Sozialhilfe Seiten 118 – 128. Die Vorbesprechung fand im Beisein von Frau Stadträtin Barbara Thalman, dem Sekretär der Sozialbehörde Herrn Armin Manser, Julia Amherd, Elsbeth Hürlimann und Werner Kessler am 8. November 2007 statt.

GF Sozialhilfe

Seite B-119 Indikatoren:

Einen markanten Anstieg des Aufwandes ist bei den Dienstleistungen der Pro Senectute ersichtlich. Dies ist die Auswirkung der vom Gemeinderat beschlossenen Zusammenarbeit mit der Pro Senectute und betrifft die finanzielle Abgeltung für die Führung vormundschaftlicher Massnahmen durch PriMas.

Neu wurde der Punkt „Arbeitsintegrationsprogramme“ mit Fr. 100'000 aufgeführt. Dieser Posten stellt eine Verlagerung vom GF Soziale Sicherheit zur Sozialhilfe dar und betrifft einen Teil der Finanzierung von Projektteilnahmen im Rahmen der praxisbezogenen Arbeitsintegration. Mit dem neuen System sollen zuerst Erfahrungen gesammelt werden und erst anschliessend – evtl. mit einem Antrag an den Gemeinderat – die definitive Finanzierungsform eingeführt werden..

Seite B-119 Globalkredit:

Die Erhöhung des Kredites bei der Sozialberatung ist ebenfalls eine Folge der neuen kantonalen Subventionierungsrichtlinien zu den Arbeitsintegrationsprogrammen, die ab dem Jahre 2008 gelten. Die Veränderung bei der internen Verrechnungen des Personals ist auf die Kosten-Leistungs-Rechnung zurück zu führen.

Seite B-120 Personal:

Die 50%-Adjunkten-Stelle, die vom Gemeinderat bis Ende 2007 befristet bewilligt wurde, soll nun auf eine 80%-Stelle aufgestockt und definitiv besetzt werden. Diese Erhöhung wird mit dem vermehrten administrativen Aufwand begründet. Das Jugendsekretariat erbringt immer weniger Dienstleistungen. Diese müssen neu von der Stadt übernommen werden. Es zeigt sich auch, dass die anfallenden Fälle immer komplexer und somit auch arbeitsintensiver werden. Es werden immer mehr Einsprachen gemacht, welche einen enormen Arbeits- und Zeitaufwand mit sich bringen.

LG Sozialberatung

Seite B-121

Hier kann allgemein festgehalten werden, dass dank der guten Situation auf dem Arbeitsmarkt die Fallzahlen bei der Sozialhilfe weiterhin abnehmen. Im Gegensatz dazu steigen die Fallzahlen bei der Amtsvormundschaft erheblich.

LG Asyl- und Flüchtlingswesen

Seite B-125 Finanzen & Personal:

Der markante Rückgang von Fr. 36'000 auf Fr. 4'000 bei der Integration, Bildung und Beschäftigung ist auf die verstärkte Kostenbeteiligung des Kantons und der Gemeinden, die Teilnehmer/innen in Projekte schicken, zurückzuführen..

LG Vormundschaftswesen

Seite B-128 Finanzen & Personal

Hier wird neu der Kinderschutz und der Erwachsenenschutz aufgeteilt. Die grössten Budgetposten beim Kinderschutz machen die finanziellen Leistungen für die Alimentenbevorschussungen und die Kleinkinderbeiträge aus.

Verabschiedung

Als Abschluss der Kommissionsberatung wurden die Mitglieder über den Ablauf bei einem Antrag auf Sozialhilfe umfassend informiert. Die Kommission Soziales und Gesundheit hat an der Sitzung vom 19. November 2007 den vorliegenden Voranschlag und das Globalbudget geprüft und diesem einstimmig zugestimmt.

Elsbeth Hürlimann, Gemeinderätin



Referentin im Gemeinderat für die Kommission Soziales und Gesundheit

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Stefan Lehmann**.

Die Rechnungsprüfungskommission stellt keine Änderungsanträge und hat dem Antrag, so wie er vorliegt, einstimmig entsprochen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

einstimmig

den Leistungsauftrag 2008 – 2011, das Globalbudget 2008 und die Investitionsrechnung GF Sozialhilfe zu genehmigen.

GF Primarschule

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert Marianne Siegrist.

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Anwesende*

Im Vorgespräch mit den Verantwortlichen der Primarschule wurden unsere Fragen kompetent beantwortet. Teilgenommen haben Stadträtin Frau Wettstein, Frau Unholz, Primarschulpflege, die Herren Göppel und Dohner von der Verwaltung. Im Namen der Kommission bedanke ich mich für die geleistete Arbeit.

Die Übersichtlichkeit des Globalbudgets, die Gliederung in die Leistungsgruppen, wurde von der Kommission positiv gewürdigt.

GF Primarschule Seite B-129 bis 145

Die Primarschule rechnet mit einem Nettozuwachs der Ausgaben von 3,4 %. Dieser sei vor allem durch den neuen Finanzausgleich sowie das Wegfallen der IV-Beiträge ab 2008 bedingt. Zusätzliche Kosten verursacht die Einführung der Tagesstrukturen, dessen Kreditvorlage diesen Sommer vom Volk genehmigt wurde.

Veränderungen Personalbestand

Pro Schuleinheit wurden 20 Stellenprozente als Stabsstellen der Schulleitungen aufgestockt. Durch die Zusammenlegung der Schulleitungen Nänikon und Gschwader wurden Stellen eingespart. Daraus ergibt sich eine Stellenaufstockung von insgesamt 0,6 Stabsstellen.

Die Zunahme bei der Heilpädagogischen Schule um 2 Stellen wurde mit der Integration des Kindergartens sowie einer Stabsstelle für die neu eingerichtete Oberstufe begründet.

Die Erhöhung bei den Stellen Liegenschaften ist die Folge der Umwandlung von Stundenlohn-Stellen in Festanstellungen sowie einer Aufstockung beim Reinigungspersonal der Schuleinheit Oberuster.

Die Erhöhung um 0,8 Stellenprozente bei der Schulverwaltung hängt mit dem administrativen Aufwand der Abrechnungen der Tagesstrukturen zusammen. Die Arbeiten werden weiterhin von der bisherigen FEB-Stelle ausgeführt.

Die eingesetzten 23.5 Stellen bei den Tagesstrukturen entsprechen einer rechnerischen Annahme. Diese basiert auf der geschätzten Auslastung wie im Antrag für die Volksabstimmung angenommen wurde.

Investitionsplanung

6.1 Mio. sind für den Neubau Oberuster eingesetzt.

Rund 1,2 Mio. betreffen den Ausbau Informatik sowie die Tagesstrukturen, die in besonderen Anträgen vom GR, bzw. der Urnenabstimmung, bewilligt worden sind. Über den eingesetzten Projektkredit für das Schulhaus Krämeracker werden wir anfangs Jahr in den Kommissionen zu befinden haben.

LG Regelunterricht

Die wichtigste Neuerung in diesem Bereich betrifft die Integration des Kindergartens, gemäss neuem Volksschulgesetz. Als Folge erhält Uster an diese Löhne einen Staatsbeitrag von ca. 1,2 Mio. Gleichzeitig wird aber bei den Lehrerlöhnen der Kantonsbeitrag gekürzt. Die Kindergärtnerinnen werden geschult, um den Neuerungen, v.a. der Einführung eines Lehrplans auf dieser Stufe, gerecht zu werden.

Bei der Leistungsgruppe Zusatzangebote gab es einen Fehler bei der Erfassung der Indikatoren 07, dieser wurde in diesem Budget korrigiert.

LG Unterstützende Angebote

Die Einführung von Tagesstrukturen erfolgt im Schuljahr 2008/2009. Die Vorbereitungen dazu laufen auf Hochtouren.

Die Mittagstische Nänikon und Verein School Lunch werden aufgelöst. Die Kommission spricht den Initiantinnen dieser Mittagstische an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön aus. Sie haben sehr viel Aufbauarbeit geleistet.

LG Sonderpädagogische Angebote

Durch das Wegfallen der IV Beiträge und dem neuen Finanzausgleich ergibt sich für die PS eine Mehrbelastung von ca. 1 Mio. Es wurde versichert, dass kein Leistungsausbau erfolgt sei!

Die Intensivkurse des Deutschunterrichts für Fremdsprachige werden rege benutzt damit die rasche Integration gefördert wird. Es ist kein Rückgang an fremdsprachigen Kindern feststellbar.

LG Schulliegenschaften

Die Zunahme des Globalkredits wurde begründet mit Renovationsarbeiten, die hinausgezögert wurden und jetzt im 2008 umgesetzt werden möchten sowie den zusätzlichen Mietkosten der PS-Verwaltung.

Betreffend Schulsozialarbeit

Möchte die PS die Erfahrungen der OS sowie den kantonalen Entscheid abwarten. Stellt auch eine Ressourcenfrage dar, es müssen Prioritäten gesetzt werden.

LA und Globalbudget 2008 wird von der KBK einstimmig zur Genehmigung empfohlen.

Marianne Siegrist

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier**.

Sehr geehrter Präsident

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

In der RPK gab beim GF Primarschule eigentlich nur die Investitionsplanung zum Schulhaus Krämeracker zu reden. Aus der Seite B-132 geht hervor, dass die Primarschule im Jahr 2008 1 Mio. Franken im Zusammenhang mit dem Schulhaus Krämeracker auszugeben gedenkt. Da aus Sicht der Primarschulpflege dieses Geschäft eilt und der Projektierungskredit noch im Januar 2008 über die Bühne gehen soll, hat die Primarschulpflege die KBK und die RPK auf den 5. Dezember 2008 zu einer Vororientierung eingeladen.

In der RPK kursierten Zahlen aus nicht genannten Quellen, dass der Schulhaus-Neubau auf rund 31 Mio. Franken zu stehen komme. Da man mit 20 Mio. Franken das Schulhaus Oberuster bauen könne, sei eine solche Summe nicht zu verantworten.

In der RPK wurde der Antrag gestellt, die Investitionsplanung zum Schulhaus Krämeracker auf Fr. 400'000.— (also um Fr. 600'000.—) zu kürzen. Man müsse die Primarschulpflege zurück auf Feld 1 schicken. Sie müsse ein wesentlich günstigeres Projekt erarbeiten. Mit der Kürzung der Investitionsplanung um Fr. 600'000.— würde auch der Globalkredit der Primarschule um Fr. 60'000.— (Abschreibungen) reduziert.

Dieser Antrag wurde in der RPK mit 5 : 4 Stimmen angenommen. Die RPK empfiehlt demnach dem Gemeinderat, die Investitionsplanung im GF Primarschule um Fr. 600'000.— zu kürzen.

Walter Meier

Budget 2008 / Investitionsplanung Schulhaus Krämeracker

Sehr geehrter Präsident
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Wir haben den Antrag der RPK gehört. Wir haben in der Zwischenzeit den Antrag der Primarschule erhalten. Zudem gaben am letzten Mittwoch Primarschulpflege und Architekt weitere Auskünfte. Es geht um Fr. 25 Mio. für den Bau. Wir müssen uns zudem bewusst sein, dass das Schulhaus Oberuster, würden wir es heute planen, nicht mehr mit 20 Mio. gebaut werden könnte. Die Bauteuerung lässt grüssen.

Wir wissen auch, dass ein „Halt – Stopp – Sichern“ an die Adresse der Primarschulpflege auch etwas kosten würde, z.B. erneuter Wettbewerb, Provisorien in Form Schulpavillons, usw. Auch wenn man dann ein günstigeres Projekt hätte, würde man mit Bauteuerung und Zusatzkosten mindestens 25 Mio. ausgeben. Billiger kommen wir nicht mehr zu einem Schulhaus in dieser Grösse.

Die 25 Mio. sind also als realistische Grösse zu betrachten – es ist kein astronomisch hoher Betrag. Und damit das Schulhaus möglichst bald gebaut werden kann, muss die Planung weiterhin zügig voranschreiten können.

Aus diesem Grund plädiere ich dafür, den Investitionsbetrag nicht zu kürzen.

Walter Meier
Gemeinderat

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Christian Keller**.

Nr.138/2007 Budget 2008; 4.17 GF Primarschule Stellungnahme zu Kürzungsantrag Projektierungskredit Krämeracker

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Der Antrag der RPK ist für mich in dieser Form nicht nachvollziehbar, die Mitglieder der FDP/CVP Fraktion werden ihn nicht unterstützen.

Entweder wir haben einen Schulraumbedarf, den wir bis im Sommer 2011 decken müssen oder wir haben den nicht. Je nachdem müssen wir jetzt Projektierungsarbeiten starten oder können es bleiben lassen.

Ich gehe hier bewusst nicht auf das Wettbewerbsprojekt „Das fliegende Klassenzimmer“ ein, das mit dem Antrag 164 nächstens durch den Rat zu behandeln ist. Ich kann mir lebhaft vorstellen, wie es hier dann zu und her geht. Und wenn ich mich hier gegen den Kürzungsantrag stelle, kann auch niemand ableiten, ich sei somit für den beantragten Projektierungskredit! Nein, mir geht es um den sachlich richtigen Projektablauf.

Mit dem ausgewiesenen Posten von CHF 1.0 Mio. in der Investitionsplanung geht es darum, die planerischen Voraussetzungen zu schaffen, ein Raumbedürfnis der Schule, das offensichtlich ausgewiesen ist, zeitgerecht zu decken. Und wenn es stimmt, dass wir bis im Sommer 2011 also in 3 ½ Jahren

auf der Wiese neben dem Oberstufenschulhaus Krämeracker ein Primarschulhaus eröffnen wollen, sollten wir im 2008 mehr als CHF 400'000 für Planungsarbeiten investieren, das können sie mir glauben.

Natürlich ist es möglich, dass der Rat im Januar 2008 den Antrag 164 für den Projektierungskredit ablehnt, es dann zu einem Projektstopp oder zu einer Überarbeitung des Wettbewerbsprojektes kommen muss und dass somit Ende 2008 der Budgetbetrag nicht ausgeschöpft ist. Unabhängig davon ist es aber unsere Aufgabe, in der Investitionsplanung den ordentlichen und planbaren Weg eines Projektes abzubilden und nicht bereits in der Budgetdebatte unwägbare Eventualitäten, die dannzumal aus der Diskussion der Sachvorlage hervorgehen können, vorwegzunehmen.

Also nochmals: Wenn wir das Projekt Krämeracker so vorantreiben wollen, dass wir das Schulhaus im Sommer 2011 eröffnen können und das Projekt nicht in einen unnötigen Termindruck, der ja auch wieder Geld kostet, geraten soll, sollten Sie den Kürzungsantrag nicht unterstützen. Und wenn der Rat grundsätzliche Bedenken zum Projekt der Primarschule hat, sollte er das im Rahmen der Behandlung von Antrag 164 im nächsten Jahr diskutieren und nicht hier in der Budgetdebatte einen Wert in die Investitionsplanung aufnehmen, der zur Folge hat, dass das heute anvisierte Terminziel nicht mehr erreicht werden kann.

Aus diesen Überlegungen heraus wird die FDP/CVP-Fraktion den Antrag ablehnen.

*FDP-Fraktion, Christian Keller
Uster, 03.12.2007*

Für die SP-Fraktion referiert **Regula Trüeb**.

LA/GB 2008 (Weisung 138), GF Primarschule

SP-Fraktionsmeinung LA/GB des GF Primarschule

Die SP-Fraktion gratuliert der Primarschule Uster zu ihrem klar aufgebauten, informativen und aktualisierten Leistungsauftrag und Globalbudget. Dieses Instrument zeigt die vielfältigen Aufgaben und Projekte der Primarschule gut auf und ermöglicht dem Gemeinderat, veränderte Leistungen und Kosten nachzuvollziehen.

Der Globalkredit des GF Primarschule von gut Fr. 28 Mio. entspricht rund einem Drittel des gesamten Globalkredites der politischen Gemeinde Uster. Und die Kosten bei der Primarschule steigen weiter an. Einerseits sind diese auf die Reformen aus dem neuen Volksschulgesetz zurückzuführen, die umgesetzt werden müssen. Diese bringen der Schule Uster neue Leistungen und - nach Meinung der SP - qualitative Verbesserungen, so z. B. die Einführung der Tagesstrukturen. Andererseits ist auch in Uster die Kostenabwälzung von Bund und Kanton auf die Gemeinden spürbar, so z.B. mit dem NFA (Neuen Finanzausgleich) oder tieferen IV-Zahlungen für die Sonderpädagogik. Diese bringen Uster keine neuen Leistungen und bessere Qualität, sondern nur Mehraufwand und höhere Kosten. Eine ungute Entwicklung für die Gemeinden, ebenso wie Sparmassnahmen im Bildungsbereich mit Klassenvergrößerungen, die bekanntlich durch die bürgerlichen Steuersenkungen im Kantonsrat hervorgerufen wurden. Auch in Uster sind Klassengrößen mit 26 und 27 Kindern keine Seltenheit!

Diese ganze Entwicklung belastet die Schule auf allen Ebenen, besonders aber die Schulleitungen und Lehrpersonen. Entlastung im Schulalltag bringt erwiesenermassen die Schulsozialarbeit. Für die SP-Fraktion ist unverständlich, warum für die Primarschulpflege Uster auch im Leistungsauftrag 2008 Schulsozialarbeit kein Thema ist. Dies obwohl die Einführung der Schulsozialarbeit ein deklariertes Legislaturziel sowohl des Stadtrates als auch der Primarschulpflege für diese Legislatur ist. Die Primar-

schulpflege hat folgende Gründe dafür angegeben: man wolle die Erfahrungen der OS mit Schulsozialarbeit abwarten und die Schule nicht mit Reformprojekten überladen. Die Begründung überzeugt uns nicht. Viele Primarschulen im Kanton Zürich haben Schulsozialarbeit mit Erfolg eingeführt und möchten sie nicht mehr missen – Erfahrungen gibt es also zuhauf, allein im Zürcher Oberland haben 20 von 33 Gemeinden Schulsozialarbeit. Die SP erwartet deshalb, dass die Primarschulpflege die Einführung von Schulsozialarbeit im neuen Jahr vorantreibt und in den Leistungsauftrag/Globalkredit 2009 aufnimmt.

Zudem ist die SP-Fraktion besorgt über die vielen Wechsel in der Schulverwaltung im letzten Jahr. Mit dem Ausscheiden aller Ressortverantwortlichen innerhalb eines Jahres und von weiteren Mitarbeitenden geht sehr viel Know-how verloren. Das ist Know-how, das man für die Erledigung des Alltagsgeschäfts und für die vielen Reformprojekte hätte nutzen können. Das ist ein Knowhow-Verlust, das teuer zu stehen kommt. Die SP erwartet von der PSU, dass sie 2008 die Ursachen für die häufigen Wechsel analysiert und geeignete Massnahmen ergreift, um solch teure Personalfuktation künftig zu vermeiden.

Mit Befriedigung nimmt die SP zum Schluss zur Kenntnis, dass der Ausbau des Schwimmunterrichts auf das Schuljahr 2008/09 eingeführt werden soll, auch wenn im Budget 08 noch kein Betrag eingestellt werden konnte. Der langjährige Druck der Eltern und der Vorstoss von 2 SP-Gemeinderätinnen und einem EVP-Gemeinderat tragen endlich Früchte.

Die SP-Fraktion stimmt dem LA/GB 2008 des GF Primarschule zu.

Nänikon, 10. Dezember 2007

Regula Trüeb, SP-Fraktion

SP-Fraktionsmeinung zum Kürzungsantrag bei Investitionssumme für das Schulhaus Krämeracker von Fr. 1 Mio. auf 400'000.

Die SP-Fraktion nimmt freudig zur Kenntnis, dass die FDP-Fraktion die Kürzung nicht unterstützt. Die SP-Fraktion ist gegen die Kürzung der Investitionssumme für den Neubau Schulhaus Krämeracker auf Fr. 400'000.-

Diese Kürzung erfolgt nach Meinung der SP willkürlich und ist zu diesem Zeitpunkt vom politischen Stil unverständlich.

Kurz zur Chronologie und Entstehung dieses Kürzungsantrages:

An der RPK-Sitzung vor zwei Wochen, an welcher der Kürzungsantrag gestellt wurde, hat noch kein Gemeinderatsmitglied die Weisung mit dem Projekt „Neubau Schulhaus Krämeracker“ in den Händen gehabt. Auch der Stadtrat hat zu diesem Zeitpunkt den Antrag noch nicht verabschiedet. Die Weisung ist erst am Donnerstag vor 10 Tagen mit der Post beim Gemeinderat eingetroffen.

Am vergangenen Mittwoch habe ich als KBK-Präsidentin für die KBK- und RPK- Mitglieder eine Infoveranstaltung organisiert, an der die Verantwortlichen der Primarschule, der Architekt und die Kostenplaner das Projekt vorgestellt haben. Die KBK- und RPK-Mitglieder hatten Gelegenheit sich mit dem Antrag auseinander zu setzen und Fragen zu stellen. Im Januar wird der Antrag dann in der Sachkommission, in der RPK und im Gemeinderat beraten und darüber abgestimmt.

Was soll also dieser Kürzungsantrag zum heutigen Zeitpunkt, bevor der Antrag offiziell vorlag und die Kommissionen überhaupt darüber beraten und diskutiert haben? Und woher kommen die exorbitanten Zahlen von Kosten von 30 und 32 Mio. Fr., die in besagter RPK-Sitzung gerüchteweise kursiert sind? Gibt es allenfalls ein Leck in der Primarschulpflege? Wollen einige politische Exponenten das Siegerprojekt des Architekturwettbewerbs verhindern, bevor Näheres bekannt und diskutiert ist? Ganz im Sinne: Zurück auf Feld 1, wir beginnen wieder von vorne – so wie das beim Neubau Schulhaus Oberuster geplant war und zum Glück verhindert werden konnte? Und warum haben genau diese Parla-

mentarier an der Info-Veranstaltung geschwiegen und den geplanten Kürzungsantrag mit keinem Sterbenswörtchen erwähnt? Fragen über Fragen.

Die SP-Fraktion diskutiert die inhaltlichen und finanziellen Fragen zum Schulhaus Krämeracker gerne mit den anderen Parteien im Rahmen der ordentlichen Beratung in den Kommissionen, doch nicht unter den erwähnten Voraussetzungen in der Budgetdebatte.

Auch aus Gründen dieser politischen Unkultur lehnt es die SP-Fraktion ab, die Investitionssumme für den Neubau Schulhaus Krämeracker auf Fr. 400'000.- zu kürzen.

Nänikon, 10. Dezember 2007

Regula Trüeb, SP-Fraktion

Abstimmung Kürzungsantrag:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 22 : 7 Stimmen

den Kürzungsantrag des Projektierungskredits Schulhaus Krämeracker von 1 Mio. auf Fr. 600'000 abzulehnen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 24 Stimmen,

den Leistungsauftrag 2008 – 2011, das Globalbudget 2008 und die Investitionsrechnung GF Bildung zu genehmigen.

Wortmeldungen zum Globalbudget

Rolf Graf wirft ein, dass bei der Budgeterstellung die Teuerung von 1,8% noch offen war und nicht gerechnet sein. Im Sinne eines „Dezemberbriefes“ müsste dieser nachgeführt werden.

Heinz Wolfensberger ist erfreut über Beschluss. Gemäss Personalverordnung übernimmt die Stadt Uster die Vorgaben des Kantons. Im Budget bereits eingerechnet sind 0,9% gerechnet, gemäss heutigem Stand betragen die Mehrkosten gegenüber dem Budget rund 560'000 Franken. Rolf Graf dankt für die Berechnung und beantragt, diesen ins Budget aufzunehmen. Heinz Wolfensberger wirft ein, dass dann bei allen Globalbudgets der entsprechende Betrag hochgerechnet werden müsste. Als Gesamtbetrag gehe das nicht. Das Gesamtergebnis wird um Fr. 560'000 schlechter ausfallen.

Rolf Graf zieht den Antrag zurück.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Rolf Denzler**.

Voranschlag 2008 Stadt Uster

„Leben von der Substanz zulasten künftiger Generationen....“

...mit diesem Titel hat die SP Uster am 2.10.2007 ein wenig „Geschichte geschrieben“, hat sie doch die seit langem dargelegte These der SVP aus unseren Parteiblättern kopiert und zu eigen gemacht. Wir danken der SP für diese „titelhafte“ Einsicht. Lieber spät als gar nie.

„Schwierig wird es dann“ aber, wenn von einer verfehlten Finanzpolitik der bürgerlichen Parteien gesprochen wird. Die guten Resultate der letzten Rechnungsjahre wohl bereits vergessen oder nur grimmig, dass es aufgrund des angekündigten Budgetdefizites 2008 und des Defizites in der Jahresrechnung 2007 nicht noch mehr auszugeben gibt, als von den Gemeinderatsfraktion der SP gewünscht?

Leider haben in letzter Zeit Teile der Bürgerlichen bei der überbordenden Ausgabenwut der Linken munter mitgemacht, um sich so bessere Karten bei den vergangenen und künftigen Wahlgängen zu erhoffen. Was diese Politik der Windfahnen brachte oder bringt, weiss diese Partei inzwischen sehr deutlich.

„Dick wird es dann“, wenn die SP schreibt, dass Rechnung 07 und Budget 08 nur dank erheblichen Liegenschaftenverkäufen halbwegs ausgeglichen gestaltet werden könne. Da ist Nachhilfeunterricht deutlich angesagt, hat doch der Verkauf von Grundstücken und Liegenschaften weder mit dem Budget noch mit der Jahresrechnung zu tun. Aber Papier ist auch hier geduldig.

„Fast frech wird es dann“, wenn die SP suggeriert, dass es dem Stadtrat schwer fallen müsse, unter den Vorgaben des bürgerlich dominierten Gemeinderates eine ausgeglichenes Budget 2008 präsentieren zu können.

Dazu kann ich Ihnen sagen, dass wir von der SVP ganz sicher und gerne mithelfen, dass ein Ueberschuss und damit eine Verstärkung der Eigenkapitalbasis entsteht. Mit ihren 11 Stimmen, liebe SP, könnten wir zusammen im Rat so vieles bewirken. Vorallem würden wir zusammen dazu beitragen, dass wir/sie ab heute nicht mehr von der „Substanz künftiger Generationen“ leben müssen.

Die ständig wachsenden Ausgabenwünsche der SP und der anderen mal links mal rechts ausgerichteten Parteien in der vorderen Gemeinderatsreihe und scheinbar auch mehrheitlichen Teilen des Stadtrates müssen dringend eingedämmt werden.

Sie von der SP hätten es heute und letzte Woche und in den vorberatenden Kommissionen in der Hand gehabt, bei den Ausgaben eine Bremswirkung einzulegen. Doch weit gefehlt – mit ihrem Stimmenthalten, teilweise wieder unterstützt von bürgerlichen Gemeinderät(innen), konnten sie einige Er-

folge erzielen. Diese sogenannten „Erfolge“ nennen wir von der SVP/EDU ganz einfach und trocken "Mehrkosten" oder ebenso eindeutig „Leben von der Substanz der nächsten Generationen!"

Diese Widersprüchlichkeit hat ihre Spuren hinterlassen.....

Für die Grünliberalen referiert **Simone Michel**.

Begründung Ablehnung Laufende Rechnung durch die Grünliberalen

Der Stadtrat hat es versäumt, auf die letztjährige Steuerfussenkung mit einer Aufwandsminderung zu reagieren – und die Debatte hat es gezeigt, der Gemeinderat schafft es auch nicht immer... Wir erwarten vom Stadtrat, dass er mit den gegebenen Mitteln haushälterisch umgeht, das heisst, etwas gegen die Aufwandsteigerung unternimmt, aber er beantragt für 2008 fast 5% mehr Globalkredite und budgetiert weiterhin rote Zahlen, welche im stadträtlichen 5-Jahresplan noch drastisch zunehmen werden. Es ist für uns Parlamentarier sehr schwierig zu beurteilen, wo in der Verwaltung effizienter und nachhaltiger mit den Mitteln der Steuerzahlenden umgegangen werden kann ... Wir müssen dem Stadtrat vertrauen können, vertrauen, dass die Globalbudgets nicht unnötig Luft enthalten. Gelingt es im Jahr 2008 wiederum nicht, den Aufwand in den Griff zu kriegen und eine ausgeglichene Finanzplanung anzupfeilen, müsste der Steuerfuss konsequenterweise wieder leicht erhöht werden, was wir uns nicht wünschen. Wir vermissen jedenfalls die Bereitschaft auf Unnötiges zu verzichten. - Sowohl beim Stadtrat als auch beim Gemeinderat (wenn ich beispielsweise an die von SVP und FDP letzten Montag durchgesetzten zusätzlichen Parkplätze beim Stadthaus denke). Ich habe an jener Gemeinderatssitzung gefordert, das Globalbudget des Geschäftsfeldes „Steuerung und Führung“ um die 150'000 zu kürzen, die für die Durchführung eines Anlasses zur Euro 08 vorgesehen waren – und die direkt an die Firma Alphablue Management AG gehen sollten. Gemäss AvU vom Dienstag 4. Dezember hat Stadtpräsident Bornhauser in der Sitzungspause auf Anfrage betont, er wolle trotz der Kürzung an der Uster Arena 08 im Zeughaus festhalten und hat das auch später bekräftigt. Der Stadtpräsident betont am selben Ort auch, dass es „Keine Abstriche bei der Uster Arena geben werde“. Für mich setzt sich der Stadtpräsident damit über den Willen einer (kleinen) Mehrheit des Gemeinderates hinweg. Es ist tatsächlich so, dass der Gemeinderat das Globalbudget des Geschäftsfeldes gekürzt hat – aber sie haben sich ja massiv dagegen gewehrt, dass auf einen einzelnen Posten gezielt wird – und bei NPM sei das ja auch nicht statthaft. Zudem wurde gemäkelt, was man denn streichen wolle...und genau das haben wir gesagt, denn diese 150'000 sind nicht MATCHentscheidend. Dass der Anlass nun doch durchgeführt werden kann, freut uns, Denn ich habe schon vor einer Woche gesagt, dass es nicht darum geht, einen solchen Anlass zu verhindern – aber es geht darum, dass ein Anlass im Rahmen einer gewinnorientierten Veranstaltung nicht mit Steuergeldern unterstützt werden muss, wir also dort sparen können – ohne Einbusse. Wenn ich dann am Mittwoch 5. Dezember im AvU lesen muss, dass die Uster Arena erfolgreich bei der Sponsorensuche sei, dann freut mich das für die Alphablue und den Anlass – aber dass nur schon durch den Verkauf von Dauerkarten auf der Tribüne 550 mal 350 Franken zusammen kommen – also 192500 Franken (und die Sponsoren auch noch tief in die Tasche greifen müssen) - dann frage ich mich halt immer noch, wozu es da auch noch 150'000 Franken aus der Stadtkasse braucht. Wenn die 150'000 nun dennoch im Globalbudget für das Geschäftsfeld eingespart werden können –dann heisst das, dass massiv „Luft“ im Globalkredit war – oder konkreter – etwa 4%. Wie zu Beginn gesagt, es fehlt dem Parlament die nötige Transparenz im Budget, solche Luftlöcher zuverlässig aufzuspüren. Dies wäre denn auch Aufgabe des Stadtrates, Sparpotenzial in der Verwaltung auszumachen und umzusetzen. Der Gemeinderat hat den Stadtrat vor einem Jahr beauftragt durch einen tieferen Steuerfuss auch tiefere Ausgaben zu tätigen. Geschehen ist viel zu wenig und die stadträtliche Antwort ist offenbar einfach mehr Schulden zu machen anstatt das selbstgewählte Ziel eines ausgeglichenen Finanzhaushalts anzustreben. Wir Grünliberalen lehnen die Laufende Rechnung 2008 aus den genannten Gründen ab und fordern den Stadtrat auf durch effektive Sparanstrengungen im kommenden Jahr die Finanzen in den Griff zu kriegen. Nachhaltiger Finanzhaushalt ist für uns verbindliches Ziel und das Mindeste, was bei der derzeit guten Konjunktur möglich sein muss.

Für die SP-Fraktion referiert **Reto Dettli**.

Der Stadtrat könne zufrieden sein, das Budget kam mit wenigen angenommenen Anträgen durch. Und doch sei eine allgemeine Unzufriedenheit festzustellen, die Stadt Uster lebe von der Substanz, 3 Mio. Aufwandüberschuss seien längerfristig nicht mehr zu verkraften. Es sei nicht so einfach getan, das Budget mit der „rechten Ratsseite“ – und den neuen Mehrheiten im Rat wieder ins Lot zu bringen. Der Antrag der GLP wäre zugunsten der pauschalen Kürzung um Fr. 150'000 zurück gezogen worden. Die zusätzlichen Parkplätze beim Stadthaus und der Sponsoringantrag seien aber nicht dafür geeignet. Die gestellten Anträge seien zu dürftig um das Budget wieder ins Lot zu bringen. Bei der Kultur resultierte ein Nullsummenspiel, respektive eine minimale Kürzung. Die SP-Fraktion wird das Budget so wie es vorliegt unterstützen.

Martin Bornhauser möchte den Entscheid betreffend Antrag Kürzung Euro 2008 rekapitulieren. Nachdem der Antrag zurückgezogen wurde und nur die Kürzung des Betrages angenommen wurde, habe er sich gefragt, wo dieser Betrag eingespart werden könne – er sei nun auf Schadensmilderungstour. Er weist den Vorwurf zurück, dass er den Willen des Parlaments missachte.

Benno Scherrer bezeichnet die Diskussion als Scheingefecht. Das Problem sei, dass mit NPM nicht einzelne Punkte gekürzt werden könnten. Er habe die Diskussion so verstanden, dass bei einer Kürzung um Fr. 150'000 ein Punkt/Aufgabe gestrichen würde. Bezüglich Euro 2008 sei er immer noch der Meinung, dass mit Privaten etwas ausgehandelt werden könnte. Er hätte auch von weiteren Personen Rückmeldungen erhalten diesbezüglich.

Marianne Siegrist unterstreicht, dass ihre Fraktion bereits bei der Eintretensdebatte äusserte, dass die Fraktion mit dem Aufwandüberschuss welcher wieder grösser würde, nicht zufrieden sei. Mit dem Globalbudget werde es schwieriger einzelne Luftlöcher ausfindig zu machen. So könne nicht mehr genau sagen, wo gestrichen werden könnte. Man müsse auf gewisse Aufgaben verzichten, könne aber mit dem Globalbudget nicht klar Stellung dazu nehmen. Sie erhoffe sich, dass aufgrund der Schulung wieder konkreter gesteuert werden könne.

Nach Ansicht von **Balthasar Thalmann** spreche der Rat jetzt über „Luftschlösser“ und über NPM welches nicht funktioniere. Beim Budget der Oberstufe sehe der Rat die Luftlöcher ja auch nicht! Somit könne es nicht am Instrument „NPM“ liegen.

5 Festsetzung Steuerfusses

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt **Stefan Lehmann** an, dass sie 95% beantragen (Beibehaltung).

Für die EVP-/GLP-Fraktion referiert **Walter Meier**.

Budget 2008 Stadt Uster / Steuerfuss

*Sehr geehrter Präsident
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen*

Letztes Jahr habe ich meine Überlegungen zur Steuerfuss-Debatte so angefangen:

Hätte Herr Kuoni (oder der Stadtrat?) nach kantonalen Vorgaben budgetiert, hätte er beim Steuerkraftausgleich 5.5 Mio. weniger einsetzen müssen. Das heisst, wir würden nicht über ein Defizit von 2.4 Mio. reden, sondern über ein Defizit von 8 Mio. Ob dann ein Steuerfuss von 95 % immer noch zur Debatte stehen würde, wage ich zu bezweifeln. In den letzten 6 Jahren gab es beim Steuerkraftausgleich nur gerade einmal eine „Ziellandung“ von unter 1 Mio. (Zitat)

In der Zwischenzeit wissen wir, dass der Stadtrat tatsächlich beim Steuerkraftausgleich 5.5 Mio. weniger hätte einsetzen müssen. Er hätte damit nämlich wieder einmal eine Ziellandung von unter 1 Mio. einfahren können.

Zum Glück gab es etliche Mehreinnahmen (und kleinere Abschreibungen), so dass wir damit rechnen können, dass das Defizit für das Jahr 2007 sogar etwas tiefer ausfallen wird als das Defizit, welches das Parlament vor einem Jahr abgesegnet hat – und dies obwohl die Stadt Uster 5 Mio. weniger Steuerkraftausgleich erhalten hat.

Wir anerkennen, dass der Stadtrat beim Budget 2008 bereits kräftig den Rotstift angesetzt hat. Das geplante Defizit nehmen wir angesichts der guten Ausgangslage (Eigenkapital) in Kauf. Wir werden die Situation jedoch kritisch verfolgen.

Die EVP/GLP-Fraktion wird dem Antrag des Stadtrates, den Steuerfuss auf 95 % anzusetzen, zustimmen.

Walter Meier

Für die Grünen referiert **Thomas Wüthrich**.

Erhöhung des Steuerfusses um 1%

*Sehr geehrter Herr Präsident
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

Die Festsetzung des Steuerfusses, ein jährlich wiederkehrendes Ritual, gleicht mehr und mehr dem Tanz ums Goldene Kalb. Ein tiefer Steuerfuss, so argumentiert die bürgerliche Ratshälfte und der mehrheitlich bürgerliche Stadtrat seien eminent wichtig, um Firmen und gute Steuerzahler nach Uster zu locken.

Dies stimmt so nicht. In den Umfragen über Bürgerzufriedenheit steht nicht der tiefe Steuerfuss an erster Stelle, sondern wie es um Grünflächen, Spielflächen für die Kinder, gute Schulen, gute Einkaufsmöglichkeiten, allenfalls ein adäquates kulturelles Angebot steht.

Und potente Firmen, die an einer nachhaltigen Zusammenarbeit mit der Stadt interessiert sind, die siedeln sich in Uster an, wenn die Rahmenbedingungen wie optimale Erschliessung, überdurchschnittliche Lebensqualität, schnelle behördliche Abläufe, eine kollaborative intellektuelle Umgebung oder allenfalls das Umweltbewusstsein vor Ort vorhanden sind.

Wer Standortmarketing mit einem tiefen Steuerfuss betreibt, der veranstaltet tatsächlich einen Tanz ums goldene Kalb, der will schnelle Lösungen, wo es keine gibt. Standortmarketing erfordert Mut zum Risiko – sprich Ungewöhnlichen (wie vielleicht die neue Weihnachtsbeleuchtung) –, Investitionen und Ausdauer. Solange der Steuerfuss nicht wirklich nach oben ausschlägt, ist er für die Attraktivität von Uster von marginaler Bedeutung.

Der Steuerfuss wäre vielmehr so anzusetzen, dass mittel- und langfristig, keine Verminderung des Volksvermögens resultiert. Spare in der Zeit, so hast Du in der Not, lautet das entsprechende Sprichwort. Doch von einem solchen Konsens sind wir im Rat aber weit entfernt.

Deshalb folgender Antrag: Da die Sparbemühungen des Rates und des Stadtrates nicht ausgereicht haben, den Aufwandüberschuss auf jenes Niveau zu senken, wie er in der ersten Fassung des Budgets vorgesehen war, beantragen die Grünen eine Erhöhung des Steuerfusses um 1%. Damit kann der ursprünglich vom Stadtrat anvisierte Zielwert, ein Aufwandüberschuss in der Grössenordnung von 2,5 Mio. Fr., wieder erreicht werden.

*Thomas Wüthrich
Gemeinderat, Grüne*

Abstimmung:

Ausmarchung Antrag Grüne und Antrag Stadtrat:

für die Belassung des Steuerfusses bei 95%; 31 Stimmen

für die Anhebung des Steuerfusses um 2%, auf neu 96%; 2 Stimmen

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 31 : 2 Stimmen

der Steuerfuss 2008 zur Deckung des Aufwandes des Politischen Gemeindegutes wird auf 95% des einfachen Staatssteuerertrages festgesetzt.

6 Laufende Rechnung 2008

Der Vorsitzende gibt die aufdatierten Zahlen bekannt.

Bei einer Beibehaltung des Steuerfusses und den vorgenommenen Kürzungen sehen die Zahlen wie folgt aus:

Der Gesamtaufwand beläuft sich auf Fr. 187'978'000

Der Gesamtertrag beläuft sich auf Fr. 185'083'400

Damit resultiert ein Aufwandüberschuss von Fr. 2'894'600

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 30 : 2 Stimmen

der Voranschlag 2008 der Politischen Gemeinde Uster wird genehmigt.

**3 Ersatzwahl für den austretenden Reto Dettli in der Kommission Bildung und Kultur
KBK**

Rolf Denzler präsentiert den Wahlvorschlag der IFK.

Als Nachfolger für den zurücktretenden Reto Dettli in der Kommission Bildung und Kultur wird von der IFK die neue Gemeinderätin Maja Burger vorgeschlagen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

einstimmig, Maja Burger als Mitglieder Kommission Bildung und Kultur zu wählen.

**4 Ersatzwahl für den austretenden Christian Keller in der Kommission Planung und
Bau**

Das Traktandum wurde zurückgestellt da das Verfahren in der Interfraktionellen Konferenz «IFK» noch nicht abgeschlossen ist.

5 Ersatzwahl für Balthasar Thalmann in der Rechnungsprüfungskommission

Balthasar Thalmann wird Fraktionspräsident und hat um seinen Rücktritt als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission gebeten. Als Nachfolger für wird von der IFK Walter Strucken zur Wahl vorgeschlagen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

einstimmig, Walter Strucken als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission zu wählen.

6 Antrag des Stadtrates betreffend Zustimmung Privater Gestaltungsplan "Zellweger-Luwa-Areal" (Antrag Nr. 137)

Für die Kommission Planung und Bau referiert **Hannes Rohner**.

Bericht aus der Kommission Planung und Bau (GR Hannes Rohner)

Die KPB hat sich eingehend mit diesem privaten Gestaltungsplan befasst. In der Aktenaufgabe und in unseren Unterlagen finden sich zahlreiche Dokumente, die es zu studieren galt, wie zum Beispiel:

- *die 16-seitige Weisung, die sie vor sich haben*
- *die 15-seitigen Vorschriften der Stadt Uster zum Gestaltungsplan*
- *die Kopien der 25 Präsentations-Folien der öffentlichen Informationsveranstaltung über die die Medien im vergangenen Sommer berichteten*
- *der Planungsbericht und das Leitbild*
- *der Umweltverträglichkeitsbericht samt Prüfung*
- *die Vorprojekte für die 3 Anschlussknoten ans öffentliche Strassennetz*
- *die Verträge betreffend den Denkmalschutz und andere Verträge mit der Stadt*
- *der Bericht zu den Einwendungen der Anlieger und des VCS*
- *usw.*

Zudem konnte die KPB auf diesem Areal eine gut geführte Besichtigung durchführen, die den Inhalt den umfangreichen Antrags anschaulich werden liess.

Wenige von unserer Kommission hatten zuvor einen tieferen Einblick in diese „Geisterstadt“, die doch auch für sehr viele, vor allem ältere Ustermer Zeitgenossen eine grosse Zellweger-Geschichte hatte.

Zum vielleicht etwas melancholischen Abschied nehmen hatten jene hoffentlich genug Zeit. Manche mögen heute aus der Warte des Pensionierten zurück schauen.

Auch mir geht es übrigens so (erlauben Sie mir einen ganz kurzen Exkurs):

Ich habe schon als Eisenbetonzeichner-Lehrling am Ausstellungs-Pavillon im Herterweiher und an einigen andern Gebäuden gearbeitet, die heute - nach erst 45 Jahren - schon unter Denkmalschutz kommen sollen! Ein anderes provisorisches Bürogebäude längs dem Aabach, von welchem ich viele Jahre später die Statik berechnete, muss gemäss den Vorschriften des Stadtrates abgebrochen werden, weil dort eine ökologische Ausgleichsfläche naturnah gestaltet werden muss! Auch meine Beton-Statik zum markanten Eingangsgebäude wird offensichtlich bald die Dynamik der Abbruchmaschinen zu spüren bekommen. Heute baut man halt nicht mehr für Jahrhunderte!

Zurück zum stadträtlichen Antrag:

Für unsere Stadt eröffnet sich jetzt eine neue einmalige Chance:

*- Von der FUAG (Firmenpark Uster AG) können wir eine schöne, grosse Parkanlage mit alten Baumbe-
ständen, Spazierwegen, Weihern und Wasserläufen, samt Wasserrechten und einem Niederlaufkraft-
werk übernehmen. Darin werden künftig viele Menschen willkommene Erholung finden.*

*- Dazu schafft der uns **zur Festsetzung vorgelegte Gestaltungsplan** die Grundlage für eine inte-
ressante Entwicklung. Eine gemischte Nutzung bei gleichzeitigem Erhalt von denkmalpflegerisch wert-
voller Bausubstanz wird Arbeitsplätze sichern und neue Schaffen. In drei städtebaulich eher ausser-
gewöhnlichen Siedlungseinheiten werden mit den Jahren komfortable Eigentums- aber auch dringend
notwendige Mietwohnungen geschaffen. Man darf gespannt sein!*

Zu den Einwendungen:

Der vorliegende private Gestaltungsplan lag während 60 Tagen auf. Innert Frist gingen 7 Einwendungen mit total 16 Begehren ein. Die Gesuchstellerin hat sich damit intensiv auseinandergesetzt und berücksichtigt einen Grossteil davon.

- Entlang der Rietackerstrasse (beim Feld D) wurde die Bauhöhe reduziert und von der Grenze zurückversetzt, so dass weniger Schattenwurf und mehr freie Sicht entstehen wird. Damit verkleinert sich auch die Ausnützung um 5-10 Prozent. Dies wird auch einen entsprechenden Einfluss auf die Anzahl der bewilligten Parkplätze haben.
- Die Einwendungen des VCS betreffend die Zahl der Parkplätze wurde in einem Punkt berücksichtigt, in zwei Fällen teilweise und in einem Fall nicht berücksichtigt.

Der Gestaltungsplan und die Vorschriften dazu werden dementsprechend abgeändert werden.

Fragen und Bemerkungen aus der Kommission Planung und Bau:

- Energetische Frage und eine übers Meteorwasser:
Es wurde gefragt, was zur Minderung des künftigen Energiebedarfs unternommen wird.
 - . Für Neubauten in den Feldern A-E darf der Heizwärmebedarf die um 10% reduzierten Werte gemäss den gültigen Wärmedämmvorschriften nicht überschreiten.
 - . Vor Baubeginn ist die Nutzung der ARA-Abwärme zu prüfen. Kapazität kann - wie verlautet - noch abgegeben werden.
 - . Neue Flachdächer > 50 m² sind zu begrünen
 - . Meteorwasser aus Neubauten ist in den Aabach abzuleiten (nicht in die ARA)
- Mobility-Parkplätze:
Um den Individualverkehr zu reduzieren, sollte geprüft werden, ob ein „Mobility“-Angebot geschaffen werden könnte. Bauherrschaft soll sich darüber Gedanken machen.
- Uferwege:
Auf Ufergestaltung wird sorgfältig geachtet. Zum Teil gibt es neue Uferbepflanzung. Beim Herterweiher wird durch den Bauherrn noch ein Architekturwettbewerb durchgeführt werden. Aus der Kommission wird gewünscht, dass dabei auf natürliche Gestaltung geachtet wird.
- Folgekosten für den Gehretswiesenweiher:
Es ist angezweifelt worden, ob der eingesetzte Betrag von Fr. 5'000 für die Weiherreinigung genügen wird. Überlegungen dazu wurden gemacht. Er wird sich etwa in diesem Rahmen bewegen. Die der FUAG gemachten Vorschriften für den Herterweiher gelten nicht für den obern Weiher (z.B. das Abfischen vor der Entleerung).
- Anzahl der Parkplätze:
 - . Die Anzahl von 1220 Parkplätzen scheint sehr hoch zu sein, wurde eingeworfen. Sie entsprechen den möglichen und geplanten Ausnützungen und wurde im Vertrag speziell geregelt. Die PP werden fast 100prozentig unterirdisch angelegt und sind auf die verschiedenen Nutzungsflächen verteilt. Durch die Reduktion der Ausnützungsziffer infolge der Einwendungen mussten 50 PP gestrichen werden. Die Ausbauten werden etappenweise erfolgen. Mit dem VCS fanden Gespräche statt.
 - . Die Einmündungen, bzw. Anpassungen der Ausfahrten ins öffentl. Strassennetz werden zu gegebener Zeit durch die Stadt angepasst werden.
 - . Eine andere Frage betraf die geplanten Veloabstellplätze. Solche werden gemäss den Vorschriften der Stadt erstellt, wurde bestätigt.
- Altes Elektrizitätswerk:
Kraftwerk läuft, speist dauernd Strom ins Netz ein. Die Stadt wird es übernehmen. Später evtl. separate Vorlage an GR.
- Buserschliessung (ÖV)

Die Frage nach einer besseren öffentlichen Erschliessung des Areals konnte dahin gehend beantwortet werden, dass ab Ende 2008 die Busse nach Niederuster, die entlang der See- und der Sonnenbergstrasse führen, im ¼-Stundentakt verkehren werden.

Zustimmung der KPB:

*Die Kommission stimmte dem vorliegenden Gestaltungsplan des „Zellweger-Luwa-Areals“ mit **9 : 0 einstimmig** zu und empfiehlt Ihnen/Euch*

- *dessen Festsetzung (zu beachten: **nur Zustimmung oder Ablehnung möglich!!**)*
- *die damit verbundene Kenntnisnahme der diversen Berichte / Berichte zu den Einwendungen*
- *die Anpassung des kommunalen Siedlungsplans (Bezeichnung als Zentrumsgebiet)*
- *die Genehmigung des erforderlichen Kredits von Fr. 400'000.- für die Herrichtung des öffentlichen Parks und Gewässer (Anteil der Stadt; die Grundbesitzer werden - wie Sie auf Seite 13 sehen – für weitere Umgebungsarbeiten um die 3,9 Mio. Franken aufwenden)*

Wir nehmen zudem davon Kenntnis, dass diese Übernahme jährliche Folgekosten von ca. 100'000 Fr. mit sich bringen wird. Dies für:

- *die Verzinsung des aufgenommenen Kapitals von 400'000 Franken*
- *die Strassen und Kanäle*
- *Parkanlagen und Gewässer*
- *Pflege des obern Weihers und die*
- *Abfuhr des anfallenden Schwemmguts*

Bis hierher der Bericht aus der KPB

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier.**

*Sehr geehrter Präsident
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen*

Die RPK hat sich an der eingeschobenen Sitzung vom 5. Dezember 2007 mit dem Antrag Nr. 137 Privater Gestaltungsplan „Zellweger-Luwa-Areal“ auseinandergesetzt.

Vorab: Die RPK hat dem Antrag des Stadtrates einstimmig zugestimmt.

Diskussionen gab es zu folgenden Punkten:

- *Die Stadt Uster erhält einen Park mit Weiher, welcher für rund 4 Mio. saniert wird und zahlt an diese Sanierung rund 10 %. Dies ergibt eine Aufwertung der Stadt Uster. Allerdings hat diese Aufwertung auch einen Preis. Da der Park ins Eigentum der Stadt übergeht, muss diese in Zukunft den Umgebungs-Unterhalt (und alle paar Jahr das Ausbaggern) selber berappen.*
- *Und genau um diese Folgekosten wurde diskutiert. In der RPK herrschte einhellig die Meinung, dass die Folgekosten mit rund Fr. 100'000.— pro Jahr zu tief veranschlagt werden. Die Stadt hat für die Folgekosten-Planung offenbar die jährlichen Aufwendungen für den Stadtpark als Vergleichsgrösse herangezogen. Tatsache ist aber, dass bisher 3 Personen für die Pflege des gesamten Zellweger-Luwa-Areals angestellt sind. Der neue Park macht vielleicht ein Drittel des gesamten Geländes aus; also müsste mit mindestens 1 Stelle (100'000.--) nur für den Arbeitsaufwand gerechnet werden. Da sind die Abschreibungen (Kapitalfolgekosten) noch nicht berücksichtigt. Allerdings – und dies wurde auch gesagt – fehlt bisher (aber nicht mehr lange) der Stadt Uster ein abgeschlossenes Jahr KLR (Kosten-Leistungs-Rechnung). Und so kann einmal mehr nicht mit Fakten, sondern nur mit Vermutungen diskutiert werden. Die Erwartungen an die KLR sind gross, wir werden ja schon bald sehen, ob diese auch in diesem Zusammenhang erfüllt werden.*
- *Wo liegt nun der Nutzen des Gestaltungsplans für die Stadt: nebst dem Park könnte das Zellweger-Luwa-Areal auch zu einem regionalen Vorzeige-Gebiet avancieren, sofern die zu bauenden*

Gebäude architektonisch zu überzeugen vermögen. Ein weiterer Nutzen könnte auch in neuen Einwohnern liegen, welche überdurchschnittlich hohe Steuern abliefern. Aber auch dies ist vorerst Wunschdenken. Da mit dem Gestaltungsplan auch gewisse architektonisch interessante Bauten unter Schutz gestellt werden, bleiben der Stadt Uster ein paar weitere Industriedenkmäler erhalten.

- *Wir sind uns bewusst, dass auch die FUAG (oder darf man auch sagen die Industriellen-Familie als Eigentümerin) einen Nutzen von ihren nicht geringen Investitionen in die Erarbeitung des Gestaltungsplan und die Sanierung des Parks hat. Die FUAG kann nach Annahme des Gestaltungsplans durch den Gemeinderat auf grossen Flächen, die bisher für Industriebauten vorgesehen waren, Wohnraum erstellen – und damit auch entsprechend höhere Rendite generieren.*
- *In der RPK waren wir uns einig, dass die Stadt hart verhandelt hat. Es liegt ein fairer Kompromiss vor. Besten Dank an die Verantwortlichen der Stadtbehörden.*

Walter Meier

Stadtrat **Thomas Kübler** erläutert nochmals kurz die wichtigsten Punkte aus der Weisung und spricht sich klar für den Vorliegenden Antrag aus, welcher auf einem gegenseitigen Entgegenkommen beruht.

Werner Kessler, Gemeinderat, Guldenenstr. 39 a. 8610 Uster

Referat zum Antrag 137

Weiher u. Baumallee

Es ist natürlich eine Freude, wenn man schon vor Weihnachten beschenkt wird, nur, wenn es dann um lebende Materie geht, dann sollte man sich das Kosten / Nutzverhältnis genauer anschauen. Als ehemaliger Biotopbauer mit 20 jähriger Erfahrung sind mir die all-jährlichen Unterhaltskosten natürlich noch bestens bekannt. Und diese Folgekosten stehen meines Erachtens in keinem Verhältnis zum Gewinn dieser Überbauung.

Ein weiteres Kriterium sind die geplante Holzbrücke und der Uferweg in der Nähe des Seicht- u. Ufergebietes auf der Südseite. Wenn man einem Biotop gerecht werden will, braucht es einen durchgehenden Schilfgürtel, in dem die Amphibien- u. Vogelwelt geschützt sind.

Im Übrigen sind der Weiher u. die Baumallee einwandfrei geschützt und Zellweger/Luwa wurde im Zusammenhang mit dem Gestaltungsplan Hohfuhren bereits entschädigt.

Arbeitsplätze

Weil fast auf dem ganzen Gelände Wohnungen zugelassen werden, sehe ich nicht nur weitere Arbeitsplätze gefährdet sondern auch einen viel höheren Gewinn für die Zellweger/Luwa.

Die Gemeinde Uster braucht dringend neue Arbeitsplätze, deshalb sollte die Industriezone in eine geeignete Arbeitszone umgewandelt werden, denn neue Arbeitszonen sind in Uster kaum realisierbar. Im Verhältnis zu Uster hat Volketswil eine viel grössere Arbeitszone und dadurch auch einen viel tieferen Steuersatz um fast 20%.

Und nicht zu vergessen, diese Zonenänderung erschwert die Tätigkeit der Firma Lenzlinger u. Söhne AG und könnte sie langfristig zwingen, den Standort zu verlassen.

Ausnutzung

Diese ist ausserordentlich hoch, 2 bis 3 Mal höher als in anderen Wohngebieten der Gemeinde, mit entsprechender Belastung für die Bewohner. Dies betrifft auch vor allem die Bewohner u. Nachbarn der Rietackerstrasse, die durch die 25 m hohen Gebäude besonders belastet werden. Mit diesen Gebäuden verkommt Uster noch mehr zur Flachdachprovinz, wobei die 11 Barrieren das ihrige dazu beitragen.

Ich bin mir absolut bewusst, dass ich mit meinen Argumenten einen schweren Stand habe, bin aber langfristig von deren Richtigkeit überzeugt.

Werner Kessler

Für die FDP-/CVP-Fraktion referiert **Christian Keller**.

Fraktion FDP/CVP

Votum Sitzung Gemeinderat 10.12.2007, betreffend

Nr. 137/2007 Antrag des Stadtrates betreffend Privatem Gestaltungsplan „Zellweger-Luwa-Areal“

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Ich kann mich bei meiner Stellungnahme zu diesem Geschäft relativ kurz fassen und will nicht in die Tiefen der einzelnen Details abtauchen. Grund dafür ist nicht, dass das Geschäft wenig Bedeutung hätte, nein. Im Gegenteil: Es ist sehr umfangreich und komplex. Grund fürs Kurzfassen ist vielmehr, dass die Aufarbeitung des Geschäfts während des letzten halben Jahres, die offene Kommunikation und der Miteinbezug von Gemeinderat und vor allem der KPB als zuständige Sachkommission sehr gut funktionierte. In verschiedenen Schritten konnten wir uns in der KPB über das Geschäft informieren und uns in die Entwicklung des Gestaltungsplans einbringen, sodass wir vom jetzt vorliegenden Resultat sagen können, dass es im Wesentlichen unseren Vorstellungen entspricht.

Vielen Dank an dieser Stelle somit an den zuständigen Stadtrat Thomas Kübler und an die Abteilung Bau für die konstruktive Zusammenarbeit in diesem für die weitere Stadtentwicklung von Uster zentralen Schlüsselprojekt.

Bekanntlich können wir zum vorliegenden privaten Gestaltungsplan nur entweder ja oder nein sagen. Bei unserer positiven Grundhaltung dem Antrag gegenüber ist es somit müssig zu werweissen, ob die im Gestaltungsplan und den verschiedenen ergänzenden Unterlagen geregelten Aufgabenteilungen zwischen der FUAG und der Stadt bezüglich den zu tätigen Investitionen, dem Unterhalt und bezüglich der Landaufteilung für die Stadt optimal verhandelt worden sind oder ob das Resultat an der einen oder andern Stelle für die Stadt vielleicht noch etwas besser hätte ausfallen können. Darum geht es hier nicht. Vielmehr sind wir nach der Prüfung der Unterlagen der Überzeugung, eine für die Stadt gesamthaft gesehene gute Lösung in Händen zu halten.

Noch eine Bemerkung zu den Einwendungen, die im Rahmen der Auflage des Gestaltungsplans eingereicht wurden: Wir anerkennen die Anliegen der nördlich des Areals gelegenen Nachbarn, die mit den in Gestaltungsplan vorgesehenen maximal zulässigen Gebäudehöhen Mühe bekundeten. Auch in diesem Punkt hat die FUAG unseres Erachtens klug reagiert, indem sie auf die Anliegen einging und Konzessionen machte, obwohl die heute geltenden Vorschriften der Industriezone ein gutes Argument für die FUAG gewesen wäre, nicht von den ursprünglichen, publizierten Regelungen des Gestaltungsplans abzuweichen. Ein Punkt bei den Einwendungen aber ärgert uns und das ist, dass sich der VCS einmal mehr in ein Verfahren einbringt und dieses mit seinen Einwendungen gefährdet. Schade, dass die Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts, wofür die FDP auf Bundesebene kämpft nicht umgesetzt ist. Wir hoffen sehr, dass die durch den VCS vorgebrachten unberechtigten Forderungen, deren Bereinigung teilweise in die späteren Bewilligungsverfahren verschoben wurde, nicht zu einer ernsthaften Gefährdung und Verzögerung des ganzen Vorhabens führen werden.

Zu den Vorprojekten für die drei Anschlussknoten an das übergeordnete Strassennetz haben wir keine Bemerkungen.

Im Sinne dieser Erwägungen stimmen wir dem Antrag 137 zu und wünschen, dass das Projekt mit dem gleichen Elan in die nächste Phase geht und die Entwicklung des neuen Stadtquartiers rasch konkrete Formen annimmt. In diesem Sinn wünschen wir dem Projekt alles Gute.

FDP-Fraktion, Christian Keller
Uster, 10.12.2007

Für die Grünen referiert **Simone Michel**.

Antrag Nr. 137 Privater Gestaltungsplan „Zellweger-Luwa-Areal“

Im Grossen und Ganzen gesehen scheint der Gestaltungsplan einige Vorteile zu bringen:

Im Nordosten an das Zellweger-LUWA-Areal angrenzend wird die neue Kantonsschule entstehen. Die SchülerInnen werden in ihren Pausen vom dann neu zugänglichen Park profitieren können.

Es wurde eine durchsichtigere Architektur -als sie heute besteht- versprochen, zumindest für die Hofurrenseite. Also eine Rückeroberung der „verbotenen Stadt“ sozusagen, welche der ganzen Bevölkerung zu gute kommt.

Beim genaueren Hinsehen haben sich mir doch noch einige Fragen gestellt:

Auf 3 zentrale Fragen habe ich 3 mehr oder weniger viel versprechende Antworten bekommen:

1. Beim offiziellen Kommissions-Rundgang durch das Gebiet fragte ich an, ob die Arbeitsplätze in dem Gebäude, welches abgerissen werden wird, für Uster verloren gehen. Der Architekt versicherte mir, dass die betroffenen Firmen in den heute unternutzten Fabrikteilen auf demselben Gelände Platz finden, sofern sie das möchten.

2. Im Art. 26 Energie Absatz 2 steht, dass die Nutzung der ARA-Abwärme zu prüfen sei. Mich interessierte, wie weit die Prüfung fortgeschritten sei. Ich bekam von Herrn Uhlmann, dem Stadtplaner, die Auskunft, dass die Prüfung schon seit einiger Zeit in Arbeit sei. Wir Grünen sind der Ansicht, dass die Abwärmenutzung der ARA für das Areal ein absolutes Muss ist.

*3. Schliesslich die Frage, wie die Überbauungsziffer von 30% mit dem NHG Art.21 „keine Zerstörung der Ufervegetation“ in Übereinstimmung gebracht werden kann. Der Stadtplaner versicherte daraufhin, dass der Gestaltungsplan des Herterweiher **zusammen mit** der Fachstelle NS vom Kt. ausgearbeitet werden muss.*

Ein Wermutstropfen bleibt jedoch:

Es ist die ewig leidige Parkplatzfrage: heute bestehen in diesem Gebiet 751 Parkplätze. Mit dem Annehmen dieser Vorlage werden wir sage und schreibe 469 Parkplätze mehr, also rund 160% der heute bestehenden Parkplätze in diesem Gebiet haben.

Äusserst bedauerlich, dass Uster es einmal mehr verpasst, die vom VCS eingeforderten Parkplatbewirtschaftung und damit die Einführung von Parkplatzgebühren umzusetzen. Damit könnte ein wirksames Lenkungsinstrument hin zu einer Verkehrumlagerung auf den öV bewirkt werden.

Wir Grünen sehen den Wermutstropfen der verpassten Chance als zu gewichtig, als dass wir der Vorlage freudig zustimmen könnten. Wir werden uns der Stimme enthalten.

Danke für die Aufmerksamkeit

Simone Michel

Für die SP-Fraktion referiert **Balthasar Thalmann**.

Antrag 137/2007

Privater Gestaltungsplan «Zellweger-Luwa-Areal»

**Herr Präsident,
Geschätzte Anwesende**

Die SP-Fraktion steht dem vorliegenden privaten Gestaltungsplan sehr positiv gegenüber.

Wir sind überzeugt, dass dieser Gestaltungsplan einen der wohl wichtigsten Schritte in der Stadtentwicklung von Uster darstellt. Wer hätte vor 15 Jahren daran gedacht, dass wir heute von neuen Wohnnutzungen auf dem Zellwegerareal, von einem öffentlichen Park «Gehretswiesenweiher» von einer vollständigen Durchlässigkeit dieses über 12 Hektaren grossen Areals sprechen. Ich möchte in diesem Zusammenhang drei Stichworte näher darlegen.

- 1. Stichwort «Fabriklandschaft»: Mit der Zustimmung zum Gestaltungsplan schliessen wir auch ein Kapitel Ustermer Industriegeschichte – ein Kapitel, welches Uster geprägt hat. Tausende von Arbeitsplätzen hingen der Firma Zellweger ab, oder anders gesagt, wenn's der Firma gut ging, ging's auch Uster gut. Nun gibt's diese übermächtige Firma nicht mehr – Uster geht's dennoch gut. Hinterlassen wurde eine Fabriklandschaft mit einzigartigen Qualitäten, seien es Hochbauten oder die Kanallandschaft. Wir finden es toll, wie der Gestaltungsplan Rücksicht auf diese wertvollen Zeitzeugen nimmt und elegant altes und neues verbindet. Es wird ein Stück Identität von Uster erhalten und gleichzeitig neue Identität stiftende Element geschaffen.*
- 2. Stichwort «Siedlungsentwicklung nach innen»: Uster hat grundsätzlich sehr gute Voraussetzungen und Qualitäten weiter zu wachsen, sowohl hinsichtlich Einwohner als auch Arbeitsplätze. Dieses Wachstum müssen wir jedoch ganz sorgfältig steuern, denn die vorhandene Qualitäten sind schnell verspielt, denken wir beispielsweise an die bestehenden hochwertigen Siedlungsränder und Erholungsgebiete. Die SP steht deshalb einer weiteren Ausdehnung der überbauten Fläche in Uster sehr skeptisch gegenüber. Der Gestaltungsplan Zellweger zeigt demgegenüber auf, wie wir Siedlungsentwicklung nach innen bei gleichzeitiger Qualitätssteigerung betreiben können.*
- 3. Stichwort «Zukunftsgerichtete Siedlungsstruktur»: Wir sind der Überzeugung, dass der Gestaltungsplan auch beste Voraussetzungen für eine zukunftsgerichtete Siedlungsstruktur liefert. Wir meinen damit beispielsweise die angestrebte hohe bauliche Dichte, den sorgfältigen Umgang mit dem öffentlichen Raum und das grosse Gewicht auf hochwertige Architektur. Für uns wäre es eigentlich nichts anderes als logisch, wenn dieses innovative Gedankengut weiterentwickelt würde und sich auch im Bereich der Energieversorgung der Gebäude und der Mobilität widerspiegeln würde. Die SP-Fraktion möchte die Investoren an dieser Stelle dringend bitten, auch in diesen Themen einen Schritt dem „Normalen“ voraus zu sein. Sei es beispielsweise mit Minergie-P bauten oder mit einem Konzept einer autoarmen Siedlung.*

Als letztes möchte ich noch kurz auf das gewählte Verfahren hinweisen: Es wurde über das ganze Areal ein Gestaltungsplan als verbindlichen Rahmen für alles weitere erarbeitet. Er lässt Spielraum für künftige Bedürfnisse offen, definiert aber schon heute die geltenden Spielregeln. So konnte ja auch bereits die Umweltverträglichkeitsprüfung für das ganze Areal durchgeführt werden. Das schafft Rechtssicherheit für Investoren. Ich denke, dass dieses Vorgehen auch für andere Gebiete in Uster ein Erfolgsmodell sein könnte.

Geschätzte Damen und Herren, die SP ist bereit, einen grossen Schritt für die Stadtentwicklung zu machen und stimmt dem vorliegenden Gestaltungsplan zu.

Balthasar Thalmann

Für die GLP-/EVP-Fraktion referiert **Benno Scherrer**

Stellungnahme der glp/evp-Fraktion zu Antrag 137 Zellweger-Luwa-Areal

*Sehr geehrter Präsident
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen*

Endlich geht die einst „verbotene Stadt“ auf, und endlich können wir zum Privaten Gestaltungsplan Zellweger-Luwa-Areal Stellung nehmen. Es ist ein grosses Geschäft – und geht fast unter am heutigen Abend – eigentlich ist das der Wichtigkeit des Gestaltungsplanes nicht angemessen, aber entscheidend ist, dass auf diesem Areal bald weiter gemacht werden kann.

Dieser Gestaltungsplan könnte uns zwar auch nachdenklich werden lassen, zeigt er halt doch auch, dass Uster nicht mehr der Industriestandort ist, der er mal war - aber wir können es aber auch positiv sehen, dass es keine Industriebrache gibt. Uster ist zu attraktiv, Land in Uster ist zu gesucht, als dass man es einfach ungenutzt oder auch nur unternutzt lassen wollte.

Der Gestaltungsplan zeigt exemplarisch, welche Entwicklung Uster jetzt und in Zukunft nehmen wird.

Bei der Präsentation des privaten Gestaltungsplanes an einem verregneten Sommerabend auf dem Areal kam ich mir vor wie an einer Werbefahrt

- *es werden in Uster an guter, zentraler Lage neue Wohnungen für verschiedene Ansprüche erstellt*
- *wir erhalten einen Park mit See, weitgehend bezahlt*
- *ein wenig ansprechendes Hochregallager, das jetzt noch einen massiven Riegel bildet, wird abgerissen – und durch locker angeordnete Wohnbauten ersetzt werden*
- *neue attraktive Verbindungen für Fussgänger und Velofahrer werden geschaffen*

alles klang zu gut um wahr zu sein, und ich fragte mich dann, ob nicht doch irgendwo ein Haken liegt. Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen haben mir gezeigt, dass es sich wirklich um einen guten Gestaltungsplan handelt – dieser eine Win-Win Vorlage ist.

Als Parlamentarier kann uns natürlich stören, dass wir nur dem gesamten Gestaltungsplan zustimmen können. Es nützt also jetzt und hier nicht viel zu sagen, dass bezüglich Energiebilanz höhere Standards hätten vorgeschrieben werden sollen – oder dass es viele neue Parkplätze gebe.

Dass Anstösser nicht in allen Bereichen so zufrieden sind, nicht mit allem so zufrieden sein können, liegt in der Natur der Sache: Wo verdichtetes Bauen und eine bessere Ausnutzung ermöglicht werden, werden die Gebäude grösser als in der Umgebung – aber wo wenn nicht hier, in mitten der Stadt, soll relativ dicht und doch mitten in einer parkartigen Umgebung (hoffentlich) hoch stehend gebaut werden?

Wir möchten allen Beteiligten ein Lob aussprechen – sie haben eine sorgfältige, aufwändige Arbeit geleistet

Wir freuen uns über diese Stärkung des Standortes Uster.

Die glp/evp-Fraktion wird dem Antrag des Stadtrates zustimmen.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Hannes Rohner**.

Meinung der SVP/EDU-Fraktion:

Der Gemeinderatspräsident möge mir jetzt bitte noch erlauben, dass ich gleich die Meinung unserer SVP/EDU-Fraktion nachschiebe:

- *Wir sind grossmehrheitlich bereit, dieses „Weihnachtsgeschenk“ – wie es der „Ustermer“ heute liebevoll betitelt hat, entgegenzunehmen.*
- *Auch finden wir dies einen guten, von langer Hand sorgfältig vorbereiteten privaten Gestaltungsplan, den die FUAG dem Stadt- und Gemeinderat vorgelegt hat.*

- *Die Vorteile überwiegen bei weitem die Nachteile!*
- *Unsere Stadt wird deswegen einen weiteren Aufschwung erleben und es bleibt dabei zu hoffen, dass viele Aufträge ans hiesige Gewerbe vergeben werden können.*
- *Wir hoffen auch, dass deswegen eines Tages noch mehr gute Steuerzahler zuziehen, sich aber auch viele künftige Mieter an relativ günstigen Wohnungen erfreuen werden.*

Einige wenige Mitglieder unserer Fraktion werden sich – vielleicht eher aus nostalgischen Gründen oder persönlicher Betroffenheit – heute ihrer Stimme enthalten und sich nicht aktiv an der Weihnachtsbescherung beteiligen....

Rolf Denzler beantragt, dass der Rat über den Bericht der Einwendungen abstimmt.

Stadtrat Thomas Kübler unterstreicht, dass die Firma Lenzlinger und Söhne sehr eng in den Prozess eingebunden war und auf ihre Interessen Rücksicht genommen wurde. Die Erschliessung des Firmengeländes ist durch den Gestaltungsplan nicht tangiert. Ein allfälliger Wegzug der Firma Lenzlinger hätte betriebliche Gründe. Deshalb ist auch geplant, das angrenzende Gebiet zuletzt zu bebauen. Die Ausnützung sei noch nicht an der oberen Grenze und aus dem Weiher würde kein Biotop gemacht – lediglich die Uferlandschaft würde mit Schilf bepflanzt. Der Uferbereich werde für die Kantonsschule zugänglich gemacht. Die von Simone Michel eingebrachten Bedenken betr. Hertersweiher seien festgehalten und das kantonale Amt werde eingeschaltet. Die Nutzung der Abwärme sei im Zusammenhang mit der Energiebeschaffung im Gespräch.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Bericht der Einwendungen mit 27 Stimmen zu.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 29 Stimmen

- 1. Der private Gestaltungsplan «Zellweger-Luwa-Areal», Uster, bestehend aus
- Vorschriften zum Gestaltungsplan mit den Art. 1–30 , 20. Juli 2007,
- Gestaltungsplan, Situation 1:500, 20. Juli 2007,
wird festgesetzt.**
- 2. Vom Planungsbericht und Leitbild gemäss Art. 47 der Raumplanungsverordnung (RPV) vom 20. Juli 2007 wird Kenntnis genommen.**

3. **Vom Umweltverträglichkeitsbericht samt Prüfung vom 7. September 2006, 28. Februar 2007, 15. März 2007, 7. und 13. Juli 2007 wird Kenntnis genommen.**
4. **Der kommunale Siedlungsplan vom 7. April 1984 wird im Bereich des Gestaltungsplanperimeters den neuen Gegebenheiten angepasst und gemäss Situationsplan 1:10'000 vom Mai 2007 als Zentrumsgebiet bezeichnet.**
5. **Die Vorprojekte für die drei Anschlussknoten an das übergeordnete Strassennetz werden zustimmend zur Kenntnis genommen.**
6. **Von den beiden verwaltungsrechtlichen Verträgen betreffend Denkmalschutz:**
 - Verwaltungsgebäude, Assek.-Nr. 3464,
 - Ausstellungspavillon, Assek.-Nr. 3532,
 - Büro- und Produktionsgebäude, Assek.-Nr. 3668, und
 - Shedhallen, Gebäudeteil Assek.-Nr. 570,**wird Kenntnis genommen.**
7. **Vom am 2. Juli 2007 öffentlich beurkundeten Abtretungs- und Dienstbarkeitsvertrag sowie von der Vereinbarung (städtebaulicher Vertrag) zwischen der Firmenpark Uster AG, Zellweger Luwa AG, Lenzlinger & Söhne AG und Stadt Uster wird Kenntnis genommen.**
8. **Als städtischer Beitrag an die im städtebaulichen Vertrag geregelten Kosten für die Herrichtung des öffentlichen Parks, den Umbau der bestehenden Arealstrasse sowie die Sanierung des Gehretswiesenweiher wird ein Kredit von 400 000 Franken (exkl. MWST) genehmigt.**
9. **Der Stadtrat wird ermächtigt, die erforderlichen Mittel auf dem Darlehensweg zu beschaffen.**
10. **Der Kredit verändert sich um den Betrag der angelaufenen Bauteuerung und der Bauzinsen seit Datum des Kostenvoranschlages (Oktober 2006).**
11. **Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am Gestaltungsplan in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sich dies als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweist. Solche Beschlüsse sind öffentlich bekannt zu machen.**
12. **Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.**

**7 Postulat des Ratmitgliedes Simone Michel betreffend «Wassersparmassnahmen»
(Postulat Nr. 538)**

Die Postulantin begründet ihren Vorstoss.

Postulat 538 Wassersparmassnahmen

Ich habe viel Hintergrund für das Postulat zusammengetragen. Hier nochmals in Kürze Erläuterungen zum Postulat:

Der Antrag ist 3 stufig.

Im Teilantrag A geht es darum, die Bevölkerung überhaupt für das Thema zu sensibilisieren. Vielen ist nicht bewusst, dass rund 25% des Stromverbrauches der einzelnen Haushaltungen für die Warmwasseraufbereitung genutzt wird. Hier gilt es anzusetzen, um mit kleinen, einfachen Schritten auf Gemeindeebene gemeinsam einer 2000 Watt-Gesellschaft näher zu kommen.

Im Teilantrag B soll in Erinnerung gerufen werden, dass Uster als Stadt mit dem Energiestadtlabel Vorbildcharakter haben soll. Sie soll an allen möglichen und sinnvollen Wasserhähnen der kommunalen Bauten und Betrieben wassersparende Strahlregler anbringen. B kann sich auch auf A auswirken. Z.B. wenn die Kindern in de Schulen überall auf Wassersparmassnahmen stossen, sich dran gewöhnen und diese Wissen auch nach Hause tragen. Diese und ähnliche Anregungen können auch für die privaten Haushalte bzw. für die Hauseigentümerinnen etwas bringen.

Teilantrag C soll konkrete, abzuklärende Massnahmen aufgezeigen und auf die momentane Situation in Uster eingehen In Uster werden z.Z. an NeuzuzügerInnen Hallenbadgutscheine abgegeben. Das ist eine schöne und sinnvolle Idee, die schon viele Jahre so gehandhabt wird. Im Zuge der Kläranlagensanierung wäre es aber auch denkbar, anstelle der Eintritte wassersparende Strahlregler abzugeben und so auf die Vorzüge der E.Stadt Uster aufmerksam zu machen. Das Ganze könnte zum Beispiel am Neuzuzügertag im Rahmen der üblichen Vorstellung der Besichtigung der Kläranlage oder der Wasseraufbereitung geschehen. Für schon länger hier lebende Menschen könnte z.B. auch gleich im selben Zug am BNuzuzügertag eine verbilligte Abgabe von wassersparenden Strahlreglern als Anreiz in Frage kommen.

Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung zur Überweisung des pragmatischen Postulates.

Danke für die Aufmerksamkeit

Simone Michel

Es wird kein Ablehnungsantrag gestellt.

Für die GLP/EVP-Fraktion referiert **Benno Scherrer**.

Stellungnahme der glp/evp-Fraktion zu Postulat 538 – Wassersparmassnahmen

*Sehr geehrter Präsident
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen*

Die glp/evp-Fraktion unterstützt selbstverständlich Wassersparmassnahmen – und eine interne Umfrage hat ergeben, dass wir alle bereits sehr sparsam mit der Ressource Wasser umgehen.

Wir haben Spülungen, die nur 6 statt 15 Liter brauchen, wir haben keine tropfenden Wasserhähnen,

wir haben wo sinnvoll Wasser sparende Strahlregler. Weitere Sparregler – auch wenn sie gratis sind – brauchen wir nicht, wüssten also nicht wohin damit – sondern beschaffen uns diese (eigenverantwortlich) bei Bedarf selber.

Wir gehen von einem anderen Verständnis aus, was der Staat (oder hier die Stadt) regeln soll, wo sie eingreifen soll, wo sie alle beglücken (mit gratis Strahlreglern oder verbilligten) beglücken soll.

ein solcher kostet 27 Fr (aquaclic)

die Stadt würde mit einem Mengenrabatt (gemäss Acquaclic website) ab 1000 St 17.35 pro Stück bezahlen müssen...aber soll die Stadt zum Handelsbetrieb werden?

Alle Ideen, die man dazu haben kann, finden sich übrigens auf www.aquaclic.ch es lohnt sich sicher, dass diese Seite bei der Leistungsgruppe Liegenschaften und von der Energie Uster AG gelesen wird – aber auch dafür muss der Stadtrat nicht auch noch eine Antwort formulieren.

Die Bevölkerung könnte auch mit Kurzinformationen direkt auf der Wasserrechnung sensibilisiert werden. Dort wird ein Hinweis, wie man Wasser (und damit Geld) sparen kann wohl am ehesten gelesen.

Dass die Stadt in ihren eigenen Bauten solche einsetzt, scheint uns eine Selbstverständlichkeit. Ist dem noch nicht so, soll sie das bitte umgehend tun – auch bei unserer Nichtüberweisung dieses Postulates.

aquaclic

Eine der wirksamsten Klimaschutzmassnahmen, die bisher kaum diskutiert wurde ist der effiziente Umgang mit Warmwasser. Denn: Wasser macht in einem durchschnittlichen Haushalt rund 25% des Energieverbrauchs aus, in einer Gemeinde etwa 30% des Energieverbrauchs.

Viele Menschen bringen ihre warme Dusche noch nicht in Zusammenhang mit Energieverbrauch und CO2-Ausstoss.

Auch Energie Schweiz empfiehlt AquaClics

Wie die Energiestadt-Clics einsetzen?

Bringen Sie sie an in Schulen, Turnhalle, Kindergarten, Gemeindehaus und andere öffentliche Gebäude wie Schwimmbade, Tiefgarage...in gemeindeeigenen Wohnungen

Schenken Sie Energiestadt-Clics:

Neuzuzügern, Jungbürgern oder Besuchern an der nächsten Gemeindeversammlung

Bieten Sie Energiestadt-Clics

Ihren Bürgern zum Kauf an, über das lokale Gewerbe, am nächsten Weihnachtsmarkt oder in einer Sammelbestell-Aktion. Das AquaClic-Messteam ist Ihnen dabei gerne behilflich!

Verwenden Sie Energiestadt-Clics als Weihnachtsgeschenk oder zum jährlichen UNO-Weltwassertag am 22.März!

Mit Energiestadt-Clics sparen und werben Sie für Energiestadt:

erinnern Sie Ihre Einwohner/innen täglich daran:

weniger Wasser = weniger Energie = weniger CO2.

Lange, nachdem die Fahne des Einweihungsfests zur "Energiestadt" verblasst ist, erinnern Energiestadt-Clics die Benutzer täglich daran:

dass Ihre Gemeinde das Label «Energiestadt» trägt, was heisst:

sie unternimmt besondere Anstrengungen für einen tieferen Energieverbrauch und eine höhere Lebensqualität.

*Kurz, AquaClic:
paßt an jeden Standardhahn,
bei Bedarf (in Ausnahmen) stellen wir Spezialadapter zur Verfügung,
sieht schön aus,
spart etwa die Hälfte Wasser, Energie und Kosten,
ergibt einen schönen Wasserstrahl, der nicht spritzt: erhöht den Komfort,
verkalkt zehn mal langsamer als herkömmliche Metallsiebe,
ist sehr langlebig,
amortisiert sich in Kürze,
wirkt nachhaltig ökologisch dank psychologischem Spareffekt,
und macht Ihr ökologisches Engagement sympathisch publik.*

Simone Michel bedankt sich für die Informationen von Benno Scherrer. Betr. Berichtigung; sie habe nicht festgelegt wie eine Abgabe an weitere Haushalte erfolgen sollte. Lediglich angeregt, diese an einem ausgewählten Tag z.B. an Neuzuzüger/innen abzugeben. Im Absatz C würde sie noch ergänzen, dass „Jeder Haushalt in Uster kann Wasser sparende Strahlregler bei der Stadtverwaltung vergünstigt beziehen.

Benno Scherrer beantragt bei der Postulantin ob sie bereit wäre den letzten Absatz zu streichen.

Für die SP-Fraktion referiert **Jonas Schmid**. Er gibt zu bedenken wie viele Gläser Trinkwasser wir täglich ins WC und die Wanne spülen – als lebten wir in einem Wasserschloss. Künftig müssten wir Wasser sparen. Deshalb unterstütze die SP das Postulat vollständig.

Werner Kessler unterstützt den Antrag von Benno Scherrer und das Postulat.

Die Postulantin will nicht auf Absatz C verzichten.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 18 : 12 Stimmen

das Postulat an den Stadtrat zu überweisen.

8 Postulat des Ratsmitglieds Stefan Lehmann betreffend «Überprüfung der Schutzwürdigkeit der Gebäulichkeiten Untere Farb an der Seestrasse 4, Uster» (Postulat Nr. 539)

Der Postulant begründet seinen Vorstoss.

Begründung zum

Postulat zur Ueberprüfung der Schutzwürdigkeit der Liegenschaft „Untere Farb“ Seestr. 4, Uster

Herr Präsident
geschätzte Damen und Herren

Mit bürgerlicher Unterstützung haben wir der Sanierung unserer „grünen Lunge“ im Stadtpark zugestimmt und die Arbeiten sollten meines Wissens bald beginnen. Wenn das teure Projekt abgeschlossen sein wird, sich alle an einem Einweihungsfest freuen werden, so tut ein Augenschein über den Bach auf die weiterhin vor sich her modernde Liegenschaft der „unteren Farb“ weh, mir jedenfalls sicher.

Im Leistungsauftrag der LG Liegenschaft Seite B-35 geben wir dem Stadtrat auch für 2008 den Auftrag, unser Finanzvermögen

- a) „ nach wirtschaftlichen Kriterien“ zu bewirtschaften*
- b) „das Stadtbild mit stadteigenenen Liegenschaften positiv zu prägen“*
- c) „städtebauliche Ziele und die Ziele der Energiestadt“ mittragen*

->

Im Hinblick auf die vor 20 Jahren gekaufte „untere Farb“ stimmt die gegenwärtige Situation und die Pfläscherlipolitik mit einer Dachsanierung für CHF 300'000.-- einfach nicht.

Nachdem das Raumkonzept der Kultur sowohl 2000 als auch 2006 eine mögliche künftige Nutzung nicht für realisierbar hält, möchte ich mit diesem Postulat den Stadtrat anhalten, die Strategie für dieses denkwürdige Objekt im Zentrum festzulegen. Ohne Konzeption kann der Stadtrat auch nicht über den Schutzzumfang und die Schutzwürdigkeit mit den zuständigen Schutzbehörden verhandeln. Auch ich bin klar der Meinung, das bestehende, eingetragene Wohnrecht z.G. der Verkäuferfamilie darf nicht tangiert werden und auch die grundsätzliche Schutzwürdigkeit steht für mich ausser Diskussion.

Mit meinem Postulat möchte ich dem Stadtrat ermöglichen, seinen Leistungsauftrag zu erfüllen, weil er dies aus meiner „Optik“ für die untere Farb bisher nicht tat, und zwar seit 1987 als wir die Liegenschaft kauften.

Zur Information am Rande: Wenn wir den Zins für die 20 vergangenen Jahr auf CHF 2,3 Mio. Ermitteln, so kommen wir nochmals auf zusätzliche Kapitalfolgekosten von CHF 1,5 – 2 Mio.

Kolleginnen und Kollegen, unterstützen sie mein Postulat.

Jonas Schmid stellt einen Ablehnungsantrag. Die Untere Farb sei ein Teil von Uster, welcher geschützt werden müsse. Er stelle die Idee in den Raum, die Untere Farb als Jugendherberge zu nützen.

Es referiert **Simone Michel**.

Postulat 539 Schutzwürdigkeit der „Unteren Farb“

Eine Abklärung, was mit der Unteren Farb in Zukunft geschehen wird, ist prinzipiell sinnvoll. Jedoch kann ich der Begründung des Postulanten nicht zustimmen. In dieser Hinsicht bin ich sehr konservativ: Das Freilichtmuseum Ballenberg hat sehr viel zu bieten. Es ist Zeuge der Kulturgeschichte. In Uster hingegen sind viele historische Gebäude, welche der Abreissmanie der 1970er Jahre getrotzt haben, dem Untergang geweiht, weil die Erhaltung Geld kostet. Je länger zugewartet wird, bis eine Sanierung erfolgt, desto teurer wird's. Ohne dichtes Dach geht es mit einem Gebäude rasant bergab.

Nicht in jeder Ecke von Uster soll es darum gehen, neue Wohnflächen zu entwickeln. Jedoch bin ich sehr wohl dafür, dass aus der unteren Farb ein möglicher Kultur- und Begegnungsort, z.B. ein Museum wird. Ich rege hier an, dass der SR sich mit der Leitung von Museen in Zürich, Winterthur etc. in Verbindung setzt und abklärt, ob er Fläche für eine Aussenstation zu Verfügung stellen könnte. In den Sammlungen der Museen wimmelt es nur so von Exponaten, welche keinen Platz im Ausstellungssaal finden. Gleichzeitig wäre das ein konkreter Schritt in Richtung Emanzipation Usters von Zürich.

Ich schlage also vor, das Postulat abzuändern und dem SR den Auftrag zu geben, die Eignung der untere Farb als Museum abzuklären.

Danke für die Aufmerksamkeit

Simone Michel

Der Postulant ist nicht einverstanden mit einer Änderung des Postulats.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 23 : 10 Stimmen

das Postulat an den Stadtrat zu überweisen.

9 Interpellation der Ratsmitglieder Reto Dettli und Stefan Feldmann betreffend Energieversorgungsstrategie (Interpellation Nr. 540)

Die Interpellanten begründen ihren Vorstoss. Es referiert **Reto Dettli**.

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Die Sozialdemokratische Partei hat vor etwa einem Monat Ihre Vision einer nachhaltigen Entwicklung sowie die damit verbundenen Chancen für eine zukunftsgerichtete Energieversorgung dargelegt. Das zugehörige Papier mit den neun Chancen habe Sie als Beilage zur Interpellation erhalten.

Die Zuständigkeiten bei der im Kleid einer Aktiengesellschaft geführten städtischen Werke sind ja etwas verzwickt, wie wir alle wissen. Die Führung des Unternehmens wurde bisher im stillen Kämmerlein zwischen Verwaltungsrat und dem Stadtrat als Vertreter der Aktionärsrechte diskutiert. Diesen Missstand für ein Unternehmen im Eigentum der öffentlichen Hand hat der Gemeinderat erkannt und deshalb in der neuen Gemeindeordnung festgelegt, dass der Geschäftsbericht der Energie Uster AG im Rat diskutiert wird. Ein aus unserer Sicht weiser Entscheid.

Auch wenn der Geschäftsbericht in Zukunft hier im Rat diskutiert wird, interessiert die Meinung der Vertretung der Aktionärsrechte, nämlich des Stadtrates, sehr. Insbesondere, da zum Thema Energieversorgung bei den kürzlich veröffentlichten Strategien und Massnahmen kein Wort zu vernehmen ist.

Der Stadtrat ist bezüglich Energie Uster AG in einer sehr anspruchsvollen Rolle. Erstens muss er seinen Kollegen, den Abteilungsvorsteher Bau, als Verwaltungsratspräsidenten beaufsichtigen. Zweitens muss er die Interessen der Öffentlichkeit in der Unternehmung vertreten – und wahrscheinlich auch vice-versa, nämlich die Interessen der Unternehmung in der Öffentlichkeit berücksichtigen. Und nicht zuletzt ergeben sich im Rahmen seiner Stadtratstätigkeiten immer wieder neue Schnitt- und Nahtstellen zum Unternehmen Energie Uster AG. Wobei diejenigen mit der Koordination der Grabarbeiten noch die am einfachsten lösbaren sind.

Als Gemeinderat interessieren Stefan Feldmann und mich Fragen zur grundsätzlichen Ausrichtung der Energie Uster AG. Denn darüber muss der Stadtrat als Vertreter der Aktionärsrechte klare Vorstellungen haben. Sonst kann er diese Aufgaben nicht mit der nötigen Sorgfalt ausüben. Die Fragen, die wir mit dem Instrument der Interpellation stellen, beinhalten grundlegende Fragen zu den Nahtstellen der Energie Uster und der übrigen stadträtlichen Tätigkeit.

Insbesondere betrifft dies Fragen zu

- *der nachhaltigen Entwicklung in Uster,*
- *dem ökologischen Imperativ eines effizienten Einsatzes von Energie,*
- *den durch die EinwohnerInnen als KundInnen der Energie Uster AG verursachten Umweltbelastungen,*
- *den öffentlichen Informationsaufgaben*
- *und nicht zuletzt zum städtischen Finanzhaushalt.*

Es handelt sich also allesamt um Fragen, die nicht im Rahmen der Diskussion eines Geschäftsberichtes der Energie Uster AG gestellt und beantwortet werden können. Zur Beantwortung braucht der Stadtrat nämlich etwas mehr Zeit zur Vorbereitung und Konsensfindung. Diese möchten wir ihm mit der beiliegenden Interpellation gerne zugestehen und bitten Sie deshalb um Überweisung der Interpellation.

Reto Dettli

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 15 Stimmen,

die Interpellation zu unterstützen. Sie gilt damit als überwiesen.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 21. Januar 2008 statt.

Schluss der Sitzung

21:30 Uhr

Für das Protokoll

Die Parlamentssekretärin
Kathrin Lackner

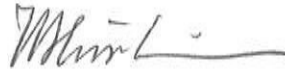


Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum

21. Januar 2008

Der Präsident
Werner Hürlimann



Datum

21. Januar 2008

Die Stimmzähler/innen:

Stefan Feldmann



Walter Meier



Andres Kunz

